

# RheinlandPfalz



## Statistische Monatshefte

1994

Januar  
Februar  
März  
April  
**Mai**  
Juni  
Juli  
August  
September  
Oktober  
November  
Dezember

## Inhalt

---

<b>Das Einkommen in der amtlichen Statistik</b>	91	Die Stromgröße Einkommen kann an der Quelle oder beim Empfänger gemessen werden. Es wird eine Übersicht der Statistiken gegeben, die Einkommen an der Quelle erfassen.
---	----	--

---

<b>Preisindizes</b>	99	Die methodischen Grundsätze der Indextheorie und die praktische Berechnung von Preisindizes werden am Beispiel der Preisindizes für die Lebenshaltung dargestellt.
---------------------	----	--

---

<b>Der Wohnungsbau im Jahre 1993</b>	105	Der anhaltende Boom im Wohnungsbau hat 1993 in Rheinland-Pfalz die höchsten Ergebnisse an Baugenehmigungen und -fertigstellungen seit Mitte der siebziger Jahre gebracht.
--------------------------------------	-----	---

---

<b>Die Insolvenzen im Jahre 1993</b>	116	Die Insolvenzstatistik erfaßt die gerichtlich registrierten Fälle von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung.
--------------------------------------	-----	---

---

<b>Anhang</b>	33*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	39*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes



### **Wieder repräsentative Wahlstatistik bei der Europawahl**

Die Wahlbeteiligung der Bevölkerung und ihre Stimmabgabe für die einzelnen Parteien geben Aufschluß über die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben. Wie bei den zurückliegenden Bundestags- und Europawahlen und bei den Kommunalwahlen werden deshalb auch bei der bevorstehenden Europawahl am 12. Juni in einigen Wahlbezirken Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Wahlberechtigten nach Geschlecht und Altersgruppen untersucht. Die ausgewählten Wahlbezirke stellen einen repräsentativen Querschnitt für das Bundesgebiet und die Länder dar. In Rheinland-Pfalz wurden rund 80 Wahlbezirke für die Ermittlung der Wahlbeteiligung und gut 190 für die Untersuchung über die Stimmabgabe ausgewählt. Gesetzliche Grundlage für diese Wahlstatistik ist § 25 des Europawahlgesetzes in Verbindung mit § 51 des Bundeswahlgesetzes sowie § 72 des Kommunalwahlgesetzes.

Die Ermittlung der Wahlbeteiligung erfolgt nach Abschluß der Wahl anhand einer Auszählung aus den Wählerverzeichnissen, aus denen ersichtlich ist, wer seine Stimme abgegeben hat. Das Ergebnis der Auszählung ist eine Darstellung der Wähler und Nichtwähler nach Geschlecht und jeweils zehn Altersgruppen. Die Untersuchung über die Stimmabgabe erfolgt durch die nachträgliche Auszählung von Stimmzetteln. Diese sind mit einem Unterscheidungsaufdruck versehen, der das Geschlecht und eine von fünf Altersgruppen erkennen läßt. In den Wahllokalen der ausgewählten Bezirke werden den Bürgerinnen und Bürgern derart gekennzeichnete Stimmzettel ausgehändigt. Die Wähler werden auf diese Auszählungen hingewiesen und auf Wunsch durch Informationsschriften zusätzlich unterrichtet.

Bei der Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik wird besonders darauf geachtet, daß keine Verletzung des Wahlgeheimnisses möglich ist. Es sind deshalb auch nur Wahlbezirke in die Stichprobe genommen worden, die so groß sind, daß Rückschlüsse auf die Stimmabgabe einzelner Personen nicht gezogen werden können. Briefwähler bleiben von den Sondererhebungen mit gekennzeichneten Stimmzetteln ausgeschlossen. Außerdem dürfen keine Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke veröffentlicht werden.

### **Neues Faltblatt mit Weinbau-Daten**

Weinbau und Weinhandel haben in Rheinland-Pfalz traditionell große Bedeutung für die Landwirtschaft und die Wirtschaft insgesamt. Etwa ein Drittel des Produktionswertes der Landwirtschaft entfallen hier allein auf den Weinbau. Das Statistische Landesamt hat vor kurzem das Faltblatt mit Zahlen über diesen wichti-

gen Zweig der Landwirtschaft aktualisiert und neu herausgegeben. Es enthält – auch in Form von Schaubildern – Daten über die Struktur der Betriebe mit Weinbau, über die Entwicklung der Rebflächen und Rebsorten, die Erträge sowie die Erntemengen nach Qualitätsstufen. Neu hinzugekommen sind Informationen über den Außenhandel mit Wein. Zahlen für frühere Jahre sowie für Anbaugebiete und Bereiche ermöglichen interessante Vergleiche.

Das Faltblatt kann gegen eine Schutzgebühr von 50 Pfennig beim Statistischen Landesamt bezogen werden. Bei Abnahme von 100 bis 500 Exemplaren ermäßigt sich der Stückpreis auf 15 Pfennig, bei 500 und mehr Exemplaren auf 10 Pfennig. lx

### **Industriearbeiter verdienen rund 24 DM in der Stunde**

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Arbeiter in der rheinland-pfälzischen Industrie ist zwischen Januar 1993 und Januar 1994 um 4 % auf 23,94 DM gestiegen. Arbeiterinnen verdienten 18,10 DM (+ 4,5 %), ihre männlichen Kollegen 24,85 DM (+ 3,7 %). Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit ging bei den Vollbeschäftigten auf 37,6 Stunden (– 1,6 %) zurück. Frauen arbeiteten 37 Stunden in der Woche (– 0,3 %), Männer 37,7 Stunden (– 1,8 %). Der Anstieg des Bruttowochenverdienstes (901 DM) fiel folglich mit 2,4 % niedriger aus als die Zunahme des Stundenverdienstes. Frauen erhielten 669 DM (+ 4,2 %), Männer 938 DM (+ 2,0 %). ky

### **Preisindizes**

Die amtliche Statistik stellt eine Vielzahl von Preisindizes zur Verfügung. Diese liegen als unerläßliche Informationsinstrumente zur Beurteilung der Preisentwicklung verschiedener, ökonomisch relevanter Tatbestände der Öffentlichkeit in unterschiedlicher Periodizität vor.

Um den Benutzern den Umgang mit Indexzahlen zu erleichtern und ihnen Hilfen bei deren Interpretation zu bieten, werden in diesem Beitrag die wichtigsten methodischen Grundsätze zur Konstruktion von Indexzahlen beschrieben.

Am Beispiel der Preisindizes für die Lebenshaltung werden außerdem die einzelnen Schritte zur Berechnung von Preisindizes gezeigt. ky

Mehr über dieses Thema auf Seite 99.



## kurz + aktuell

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet <sup>1)</sup> im April 1994		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu April 1993 in %
<b>Alle privaten Haushalte</b>		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	116,3	1,3
Bekleidung, Schuhe	117,9	1,6
Wohnungsmieten	136,2	4,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,4	0,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	120,1	2,2
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	126,3	3,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	125,3	3,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	117,9	2,3
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	142,4	6,7
Gesamtlebenshaltung	123,1	3,1
<b>4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen</b>		
Gesamtlebenshaltung	122,5	3,0
<b>4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen</b>		
Gesamtlebenshaltung	124,2	3,3
<b>2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen</b>		
Gesamtlebenshaltung	123,0	3,2

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

### Schweinebestand weiter rückläufig

Anfang April wurden im Rahmen der Viehzählung rund 470 000 Schweine und damit 4,3 % weniger Tiere gezählt als ein Jahr zuvor. Die Bestandsreduzierung ist in erster Linie auf den stark ausgeprägten Rückgang bei den Zuchtsauen auf 51 000 Tiere (- 10 %) zurückzuführen. Ihre Zahl war so niedrig wie zuletzt 1960. Dies deutet auf eine weitere Einschränkung in der heimischen Schweineerzeugung hin.

Die Zahl der Halter ging um 7,9 % auf rund 8 300 zurück. Mit 56 Tieren je Betrieb wurden im Durchschnitt zwei Tiere mehr gehalten als im Vorjahr. ku

### Milchanlieferung auf Vorjahresniveau

Die rheinland-pfälzischen Milchkuhhalter lieferten im Wirtschaftsjahr 1993/94 rund 740 000 t Milch an die Molkereien des Landes bzw. benachbarter Bundesländer. Nach mehreren Jahren mit rückläufiger Anlieferung konnte der Vorjahreswert wieder gehalten werden. Ursachen hierfür sind der nur geringfügig eingeschränkte Kuhbestand sowie eine höhere durchschnittliche Milchleistung je Kuh.

Mit annähernd 381 000 t hat der Regierungsbezirk Trier mittlerweile einen Anteil an der Gesamterzeugung von 51 % erreicht. Aus den Regierungsbezirken Koblenz und Rheinhessen-Pfalz flossen 249 000 t (34 %) bzw. 110 000 t (15 %) Milch an die Molkereien. ku

### Handwerkszählung 1995

Am 13. März 1994 trat das Gesetz über die Statistiken im Handwerk in Kraft. Es sieht zum Stichtag 31. März 1995 eine Handwerkszählung vor. Viele Daten über das Handwerk basieren noch auf den Ergebnissen der letzten Handwerkszählung im Jahre 1977. Seitdem hat sich ein beträchtlicher Strukturwandel in diesem Wirtschaftszweig vollzogen.

Befragt werden die rund 36 000 rheinland-pfälzischen Handwerksunternehmen nach der Zahl der Beschäftigten, nach dem Umsatz, nach Art und Absatzrichtung, nach der Lohn- und Gehaltssumme sowie nach den gesetzlichen Sozialkosten. Erste Ergebnisse der Handwerkszählung 1995 werden voraussichtlich Ende des Jahres 1995 vorliegen. hw

### Großhandelsumsätze 1993 rückläufig

Im Jahre 1993 lagen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Großhandels um 2,5 % unter denen des Vorjahres. Den stärksten Umsatzrückgang verzeichneten die Geschäfte mit Erzen, Stahl, NE-Metallen (- 27,1 %), Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren (- 10,5 %) sowie pharmazeutischen, kosmetischen und ähnlichen Erzeugnissen (- 8,2 %). Umsatzsteigerungen erzielten lediglich der Vertrieb von Holz, Baustoffen, Installationsbedarf (+ 8,2 %) sowie von Metallwaren und Einrichtungsgegenständen (+ 2,1 %).

Gegenüber 1992 ging die Zahl der im Großhandel Beschäftigten um 1,6 % zurück. Die branchenspezifischen Veränderungsdaten lagen zwischen + 4,4 % bei Holz, Baustoffen, Installationsbedarf und - 5,1 % bei Metallwaren und Einrichtungsgegenständen. jut



### Das Einkommen in der amtlichen Statistik

Angaben über Einkommen sind in verschiedenen Statistiken zu finden. Ein Vergleich ihrer Ergebnisse ist jedoch nur mit Einschränkungen möglich. Die Gründe hierfür liegen unter anderen in Unterschieden der Methodik, des Berichtskreises und der Periodizität der Erhebungen. Hinzu kommt, daß der Begriff des Einkommens in der ökonomischen Theorie nicht allgemeingültig definiert ist, sondern in Abhängigkeit von Gegenstand und Zweck der Analysen. Dieser Umstand hat sicherlich mit dazu beigetragen, daß das, was die Statistik als Einkommen erhebt, eher pragmatisch und durch Konvention unter Beachtung von Praktikabilitäts Gesichtspunkten festgelegt ist und weniger als Folge der statistischen Umsetzung von Begriffen gesehen werden kann, die die Theorie vorgibt.<sup>1)</sup>

#### Ansatzpunkte zur statistischen Erfassung von Einkommen

Das Einkommen kann – wie jede Stromgröße – an der Quelle oder beim Empfänger gemessen werden. Diese beiden denkbaren Ansatzpunkte für eine Erhebung sind gleichzeitig ein Kriterium zur Klassifikation aller Statistiken, die Einkommensgrößen ausweisen.

Eine Erfassung an der Quelle erfolgt beispielsweise in

- der Arbeitsstättenzählung,
- der Monaterhebung im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe,
- der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel,
- der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich,
- der Arbeitskostenerhebung im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich,
- der Beschäftigtenstatistik.

Diesen Statistiken ist gemeinsam, daß sie sich auf die Darstellung der Erwerbseinkommen beschränken, das sind Entgelte, die dem Produktionsfaktor Arbeit zufließen. Es fehlen die Einkommen aus Vermögen und die Transfereinkommen, wie Renten, Pensionen, Unterstüt-

zungs- und Beihilfezahlungen. Diese werden bei den Empfängern als Einkommen erfaßt.

Beispiele für die Erfassung des Einkommens auf der Empfängerseite sind

- die laufenden Wirtschaftsrechnungen,
- die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe,
- der Mikrozensus,
- die Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

Ein Nutzer der amtlichen Statistik, der wissen will, wie hoch „das Einkommen“ ist, steht aufgrund des umfangreichen Datenangebots aus verschiedenen Statistiken vor dem Problem, für seine konkrete Fragestellung die geeignete Einkommensgröße zu finden. Bei der Auswahl spielen neben der inhaltlichen Abgrenzung (Definition des Einkommens) auch Aspekte wie zeitliche Verfügbarkeit (monatlich, jährlich, in größeren Zeitabständen oder unregelmäßig erhobene Daten), Unterteilung nach Wirtschaftszweigen (z. B. verarbeitendes Gewerbe) bzw. nach Empfängergruppen (z. B. Haushalte von Beamten) und Aufteilung des Einkommens in einzelne Bestandteile (z. B. Beiträge zu den Sozialversicherungen, Steuerzahlungen) eine wichtige Rolle.

Einen besonderen Platz im Gebäude der amtlichen Statistik nehmen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein. Die dort ausgewiesenen Einkommensgrößen sind das Resultat aller Informationen, der verschiedenen Erhebungen zum Einkommen. Die Daten werden dabei methodisch so aufbereitet, daß die Darstellung der Einkommensströme an der Quelle und beim Empfänger in sich geschlossen ist. Die Verdichtung der statistischen Ergebnisse und eine am Kriterium der Konsistenz orientierte Aufbereitung der Daten machen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur nutzerfreundlichsten Informationsquelle der amtlichen Statistik über das Einkommen. Aus diesem Grund soll die Darstellung des Einkommens in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Einstieg dienen, die Erfassung des Einkommens in verschiedenen Statistikbereichen gegenüberzustellen.

#### Darstellung des Einkommens in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sind ein auf kreislauftheoretischen Überlegungen auf-

1) Brümmerhoff, Dieter: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: Brümmerhoff / Lützel (Hrsg.): Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, München / Wien 1994, S. 419.



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Rheinland-Pfalz <sup>1)</sup>

Merkmal	Jahr			
	1986	1988	1990	1991
	DM			
Alle Wirtschaftsbereiche				
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen <sup>2)</sup>				
nominal (in jeweiligen Preisen)	69 399	74 300	81 910	86 700
real (in Preisen von 1991)	77 480	80 390	84 630	86 700
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen				
nominal (in jeweiligen Preisen)	67 950	72 000	79 180	83 880
real (in Preisen von 1991)	75 580	77 740	81 900	83 880
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer (nominal)	44 410	47 020	50 560	53 580
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer (nominal)	35 900	37 990	40 910	43 280
Nettolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer (nominal) <sup>3)</sup>	26 160	27 540	29 920	30 850
Volkseinkommen je Einwohner (nominal)	23 200	25 280	28 110	29 420
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (nominal)	19 200	20 850	23 260	24 530
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen				
nominal (in jeweiligen Preisen)	77 500	82 830	91 960	96 910
real (in Preisen von 1991)	81 710	85 190	93 770	96 910
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer (nominal)	50 330	55 120	59 750	63 120
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer (nominal)	40 800	44 500	48 250	50 880

1) Die mit einem Raster unterlegten Angaben dieser und der folgenden Tabellen sind in die zusammenfassende „Übersicht der statistischen Erfassung des entstandenen Einkommens im verarbeitenden Gewerbe“ aufgenommen worden. – 2) Das Bruttoinlandsprodukt wird nur für alle Wirtschaftsbereiche insgesamt ausgewiesen. – 3) Die Nettolohn- und -gehaltsumme wird nur für alle Wirtschaftsbereiche insgesamt nach dem Inländerkonzept ausgewiesen.

bauendes System statistischer Ergebnisse zur Darstellung gesamtwirtschaftlicher Vorgänge. Es wird praktisch auf das gesamte Datenmaterial der amtlichen Statistik zurückgegriffen, das dabei jedoch entsprechend den Konzepten der VGR aufbereitet wird. Das Kreislaufdenken zwingt dazu, die einzelnen Statistiken so auszuwerten, daß deren Ergebnisse sich zu einem geschlossenen Gesamtbild der Volkswirtschaft fügen und alle Teilrechnungen untereinander kompatibel sind. Das Postulat des geschlossenen Wirtschaftskreislaufs verlangt, daß die Summe der entstandenen Einkommen gleich der Summe der empfangenen sein soll. Dies erfordert eine lückenlose Darstellung aller Einkommensströme an der Quelle und beim Empfänger.

Die wichtigsten Einkommensgrößen in den VGR sind das Bruttoinlandsprodukt, die Wertschöpfung, das Volkseinkommen und das verfügbare Einkommen. Das Bruttoinlandsprodukt ist Ausdruck der gesamten im Berichtsgebiet entstandenen wirtschaftlichen Leistung einer Periode. Es umfaßt die Summe aller entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen, zuzüglich der Abschreibungen und der um die Subventionen verminderten indirekten Steuern. Das Volkseinkommen entspricht der Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die die Wirtschaftseinheiten im Berichtsgebiet empfangen haben. Es wird funktional unterteilt in Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Zusätzlich werden die jeweiligen Anteile der Sektoren Unternehmen, private Haushalte und Staat am Volkseinkommen ausgewiesen. Das verfügbare Einkommen setzt sich zusammen aus den empfangenen Erwerbs-

und Vermögenseinkommen sowie den empfangenen abzüglich der geleisteten laufenden Übertragungen (Transfereinkommen abzüglich Transferzahlungen). Auf der Ebene der Bundesländer wird das verfügbare Einkommen nur für den Sektor private Haushalte ausgewiesen, auf der nationalen Ebene auch für die beiden anderen Sektoren Unternehmen und Staat sowie die gesamte Volkswirtschaft. Die Verwendungsseite des verfügbaren Einkommens umfaßt den Konsum und die Ersparnis, die beiden zentralen Größen makroökonomischer Analysen der Nachfrageseite einer Volkswirtschaft.

Der definitorische Zusammenhang zwischen den drei Größen Bruttoinlandsprodukt, Volkseinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, stellt sich wie folgt dar:

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen

- Abschreibungen
- indirekte Steuern abzüglich Subventionen
- Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die in andere Bundesländer und das Ausland abgefließen sind
- + Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die aus anderen Bundesländern und dem Ausland zugeflossen sind
- = Volkseinkommen
- Anteil der Unternehmen und des Staates am Volkseinkommen
- von privaten Haushalten geleistete laufende Übertragungen



+ von privaten Haushalten empfangene Übertragungen („Transfereinkommen“)  
= verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Ausgehend vom Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit werden zwei weitere Einkommensgrößen berechnet, die Bruttolohn- und -gehaltsumme sowie die Nettolohn- und -gehaltsumme. Diese Größen werden vor allem zu angebotsorientierten Untersuchungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung herangezogen.

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit

- Sozialbeiträge der Arbeitgeber
- = Bruttolohn- und -gehaltsumme
- Sozialbeiträge der Arbeitnehmer
- Lohnsteuer
- = Nettolohn- und -gehaltsumme

Aus den Einkommensaggregaten der VGR lassen sich weitergehende Indikatoren zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung ableiten. Das reale Bruttoinlandsprodukt bzw. die reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen soll die Arbeitsproduktivität messen, das Volkseinkommen bzw. das verfügbare Einkommen je Einwohner ist ein Wohlstandsmaß und das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer gibt die durchschnittlichen Lohnkosten an.

Veränderung der Lohnstückkosten<sup>1)</sup> in Rheinland-Pfalz

Wirtschaftsbereich	Jahr			
	1986	1988	1990	1991
	%			
Alle Wirtschaftsbereiche	+ 2,5	- 0,2	+ 0,7	+ 3,5
Verarbeitendes Gewerbe	+ 2,8	- 0,1	- 2,6	+ 2,2

1) Die Berechnung der Lohnstückkosten folgt dem Konzept des Sachverständigenrates. Es wird die Relation von Lohnkosten (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer) zur Arbeitsproduktivität (reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) gebildet.

Ein Beispiel für eine weitergehende analytische Verknüpfung von Einkommensgrößen ist die Ermittlung von Lohnstückkosten als Relation der Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität. Mit dieser Kennziffer kann die Entwicklung der Löhne unter dem Kostenaspekt im intersektoralen und im interregionalen Vergleich sowie im Zeitablauf dargestellt werden. Da das Bruttoinlandsprodukt nur für alle Wirtschaftsbereiche insgesamt ausgewiesen wird, ist für eine sektorale Betrachtung die Bruttowertschöpfung zur Berechnung der Arbeitsproduktivität und der Lohnstückkosten heranzuziehen. Das Bruttoinlandsprodukt wird auf der Entstehungsseite berechnet als Summe der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben abzüglich der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen.

Berichtskreis und Periodizität der ausgewählten Erhebungen

Erhebung	Berichtskreis	Periodizität
Arbeitsstättenzählung	Alle Arbeitsstätten der gewerblichen Wirtschaft, Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung.	Lohn- und Gehaltsumme: 1986. Arbeitnehmer und Beschäftigte: 25. Mai 1987 (davor: 1969/1970)
Monatserhebung für Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe	Betriebe von Unternehmen des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes (Industrie und Handwerk einschließlich handwerklicher Nebenbetriebe) mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen sowie alle Betriebe dieses Bereichs – unabhängig von der Beschäftigtenzahl – von Mehrbetriebsunternehmen des produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen. Die Erfassungsgrenze ist bei folgenden Branchen auf 10 und mehr tätige Personen herabgesetzt: Gewinnung von Natursteinen; Gewinnung von Sand, Kies; Herstellung von Transportbeton; Herstellung von Kartoffelerzeugnissen; Obst- und Gemüseverarbeitung; Talgsmelzen, Talgsiedereien; Fischverarbeitung; Mälzerei; Alkoholbrennerei; Herstellung von Spirituosen; Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser, Limonaden; Herstellung von Futtermitteln. Für den Wirtschaftszweig Säge- und Hobelwerke gilt bis einschließlich 1992 als Erfassungsgrenze ein Jahreseinschnitt von mindestens 1 000 m <sup>3</sup> Rundholz, seit Januar 1993 von mindestens 5 000 m <sup>3</sup> Rundholz.	monatlich
Verdienerhebung in Industrie und Handel	Bei der Festlegung des Berichtskreises 1982 wurden in Rheinland-Pfalz 1 927 Betriebe ausgewählt. Im Oktober 1991 waren es noch 1 502 Betriebe. Zu dem seit Oktober 1991 bestehenden neuen Berichtskreis gehören 2 122 Betriebe. Das entspricht einem Auswahlsatz von ca. 14%.	vierteljährlich für die Monate Januar, April, Juli, Oktober jährlich
Gehalts- und Lohnstruktur-erhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich	In Rheinland-Pfalz wurden rund 1 100 Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten aus dem produzierenden Gewerbe sowie dem Dienstleistungsbereich (Handel, Kreditinstitute und Versicherungen) ausgewählt.	Oktober 1990 Jahr 1990 (davor: 1978)
Arbeitskostenerhebung	In Rheinland-Pfalz wurden rund 1 750 Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten ausgewählt, darunter 1 119 des produzierenden Gewerbes. Der durchschnittliche Auswahlsatz betrug 22%.	1988 (alle 4 Jahre)
Beschäftigtenstatistik	Grundlage dieser Statistik sind die Versicherungsnachweise für sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.	jährlich



# Übersicht der statistischen Erfassung des entstandenen Einkommens im verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>

Erhebung	Einkommensbegriff	Einkommen je				
		Arbeitnehmer	Beschäftigten	Arbeiter	Angestellten	ganzjährig Vollzeitbeschäftigten
		DM				
Arbeitsstättenzählung 1986	Bruttolöhne und -gehälter	39 389	37 290			
Monatserhebung 1986	Bruttolöhne und -gehälter		42 715	36 070	57 431	
1988			46 467	38 950	62 527	
1990			50 017	41 846	67 491	
Oktober 1990			4 023	3 452	5 242	
Verdiensterhebung 1986	Bruttoverdienste			39 758	58 235	
1988				42 743	63 100	
1990				47 262	68 840	
Oktober 1990					5 058	
Gehalts- und Lohnstrukturserhebung 1990	Bruttoverdienste	54 967		46 672	70 133	
Oktober 1990		4 097		3 576	5 141	
Arbeitskostenerhebung 1988	Bruttolöhne und -gehälter	47 749		40 461	63 398	
Beschäftigtenstatistik 1986	Durchschnittsentgelte		33 932			42 339
1988			36 496			45 325
1990			39 806			49 549
VGR 1986	Bruttolohn- und -gehaltsumme	40 800				
1988		44 560				
1990		48 250				

1) Die Angaben aus der Verdiensterhebung gelten für die Industrie ohne Bauindustrie (= verarbeitendes Gewerbe einschließlich Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung) und die Angaben aus der Arbeitskostenerhebung für das produzierende Gewerbe.

## Erfassung des Einkommens an der Quelle

Um die verschiedenen Statistiken einem Vergleich der Einkommensbegriffe zugänglich zu machen, wurde zum einen der statistisch am besten durchleuchtete Wirtschaftsbereich, das verarbeitende Gewerbe, herangezogen. Zum anderen waren die Betrachtungsjahre so zu wählen, daß die Ergebnisse der verschiedenen Statistiken in der zeitlichen Dimension vergleichbar oder zumindest verknüpfbar wurden. So liegen aus der jüngsten Arbeitsstättenzählung Zahlen für das Jahr 1986 vor, aus der Arbeitskostenerhebung für 1988 und aus der Gehalts- und Lohnstrukturserhebung für 1990. Da die übrigen in die Untersuchung einbezogenen Statistiken jährlich Ergebnisse bereitstellen, können diese zur zeitlichen Verknüpfung der nur in größeren Abständen vorgenommenen Erhebungen herangezogen werden. Die Angaben über Berichtskreis und Periodizität der ausgewählten Erhebungen zur Erfassung des Einkommens sind, um einen schnellen Überblick zu geben, in tabellarischer Form zusammengestellt.

Die vergleichbaren Ergebnisse der ausgewählten Statistiken für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz sind in der folgenden Übersicht enthalten. Es wird das jährliche Pro-Kopf-Einkommen der jeweils erfaßten Personengruppen (Arbeitnehmer, Beschäftigte, Arbeiter, Angestellte, ganzjährig Vollzeitbeschäftigte) angegeben. Diese Übersicht kann als Ausgangspunkt für eine Untersuchung der quantitativen Abweichungen

zwischen den vergleichbaren Ergebnissen der verschiedenen Statistiken dienen, sie läßt sich aber auch als ein Hilfsmittel zur analytischen Verknüpfung von Ergebnissen einzelner Statistiken nutzen.

Dieser zweite Aspekt soll an einem Beispiel verdeutlicht werden. In den VGR wird für 1991 die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer mit 50 880 DM für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz ausgewiesen. Angaben über das Nettoeinkommen sind jedoch nur für alle Wirtschaftsbereiche insgesamt verfügbar (Nettolohn- und -gehaltsumme 30 850 DM) und nicht speziell für das verarbeitende Gewerbe. Der Nutzer der amtlichen Statistik hat nun die Möglichkeit, in die Gehalts- und Lohnstrukturserhebung zu wechseln. Dort werden Informationen über das Nettoeinkommen im verarbeitenden Gewerbe bereitgestellt. Allerdings erfolgt diese Statistik nicht jährlich, sondern nur in größeren Zeitabständen. In dem Beispielfall bedeutet das, die Information ist nicht für das gewünschte Jahr 1991 erhältlich, sondern nur für 1990. In diesem Jahr beträgt der Nettoverdienst je Arbeitnehmer 1990 im verarbeitenden Gewerbe 37 737 DM. Da mit dem Bruttoverdienst je Arbeitnehmer (54 967 DM) in der Gehalts- und Lohnstrukturserhebung eine mit der Bruttolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer (48 250 DM) den VGR inhaltlich vergleichbare Größe ausgewiesen wird, kann über diese beiden Größen eine Verbindung zu den anderen Ergebnissen der VGR hergestellt werden. Dabei sollte der Nutzer jedoch immer die Einschränkungen beach-



ten, in denen eine solche Verbindung steht. Im Beispiel werden die Einschränkungen unmittelbar in der relativ großen quantitativen Abweichung zwischen den beiden Angaben zum Bruttoeinkommen sichtbar. Diese läßt sich u. a. zurückführen auf unterschiedliche Abgrenzungen des Begriffs „Arbeitnehmer“. So zählen Personen, deren Arbeitsverhältnis überwiegend der Ausbildung dient, in den VGR zu den Arbeitnehmern, aber nicht in der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung. Da Auszubildende deutlich weniger als andere Arbeitskräfte verdienen, drückt deren Einbeziehung das in den VGR ausgewiesene durchschnittliche Bruttoeinkommen.

Arbeitsstättenzählung

Die Arbeitsstättenzählung ist eine Rahmenerhebung, die eine umfassende Bestandsaufnahme der Wirtschaft in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung liefert. Darüber hinaus ist sie Auswahl- und Aktualisierungsgrundlage für nachfolgende Bereichserhebungen. Aus den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung lassen sich die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer bzw. je Beschäftigten berechnen.

In die Bruttolöhne und -gehälter einzubeziehen waren alle tariflichen oder frei vereinbarten Zulagen, Naturalvergütungen, Vergütungen für ausgefallene Arbeitszeit, Zuschüsse der Arbeitgeber zum Krankengeld, Urlaubsbeihilfen, Entschädigungen für nicht gewährten Urlaub, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Erfolgsprämien, vermögenswirksame Leistungen. Nicht zum Einkommen gezählt werden sollten allgemeine soziale Aufwendungen (z. B. für Kantinen, Werkskindergärten, Erholungsheime), Spesenersatz, Umzugsvergütungen, Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung.

Als Arbeitnehmer wurden alle voll- und teilzeitbeschäftigten Personen erfaßt, die am Stichtag (25. Mai 1987) in einem Arbeitsverhältnis standen und in der Lohn- und Gehaltsliste geführt wurden, unabhängig von

der Arbeitszeit, die sie in der Arbeitsstätte tätig waren. Beschäftigte sind alle Arbeitnehmer zuzüglich der tätigen Inhaber und der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, unabhängig von der Arbeitszeit. Hierzu gehörten auch Vertreter und Reisende sowie das Personal auf Bau- und Montagestellen, auf Fahrzeugen und Schiffen.

Die Bruttolöhne und -gehälter wurden für das Jahr 1986 erhoben. Zu beachten ist, daß die Pro-Kopf-Einkommen durch Division mit der Zahl der Arbeitnehmer bzw. Beschäftigten am Stichtag 25. Mai 1987 ermittelt wurden. Wenn beispielsweise die Zahl der Arbeitnehmer bzw. Beschäftigten im Durchschnitt des Jahres 1986 kleiner war als am Stichtag 25. Mai 1987, dann werden die Pro-Kopf-Einkommen für 1986 zu niedrig ausgewiesen.

Da die Arbeitsstättenzählung eine Vollerhebung ist, liegen Ergebnisse in tiefer regionaler Gliederung für alle Bereiche der Wirtschaft vor. In der Tabelle werden beispielhaft die Daten für Wirtschaftszweige auf Landesebene dargestellt. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer bzw. je Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe können mit denen in anderen Wirtschaftszweigen bedingt verglichen werden. Es ist zu berücksichtigen, daß die Durchschnittseinkommen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen durch den Anteil der Teilzeitkräfte sowie der tätigen Inhaber und mithelfenden Familienangehörigen beeinflusst wird.

Monatserhebung für Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

Die Ergebnisse dienen vor allem als Indikator der Konjunkturentwicklung sowie der regionalen und sektoralen Strukturpolitik. Erhoben werden Angaben über Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Löhne und Gehälter, Umsatz, Auftragseingang und Energieverbrauch. Die Statistik liefert Informationen zur Berechnung der Größen Bruttolöhne und -gehälter je Beschäf-

Arbeitsstättenzählung 1987

Wirtschaftszweig	Arbeitsstätten	Beschäftigte	darunter Arbeitnehmer	Bruttolöhne und -gehälter		
				insgesamt	je Beschäftigten	je Arbeitnehmer
	Anzahl			Mill. DM	DM	
Gewerbliche Land- und Forstwirtschaft	1 582	6 049	3 924	80,632	13 330	20 548
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	425	13 607	13 585	633,616	48 035	48 113
Verarbeitendes Gewerbe	22 666	455 113	430 860	16 971,017	37 290	39 389
Baugewerbe	11 371	106 418	94 652	2 930,199	27 535	30 958
Handel	40 626	199 848	158 168	4 007,330	20 052	25 336
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8 114	77 221	71 563	2 392,317	30 980	33 430
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	7 867	46 106	40 719	1 617,300	35 078	39 719
Dienstleistungen, soweit von Unter- nehmen und freien Berufen erbracht	49 429	245 233	182 430	3 940,853	16 070	21 602
Organisationen ohne Erwerbszweck	4 826	76 351	76 351	2 233,867	29 127	29 127
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	6 690	221 687	221 687	8 683,384	39 170	39 170
Insgesamt	153 596	1 447 633	1 293 939	43 500,515	30 049	33 619



tigten, Bruttolöhne je Arbeiter und Bruttogehälter je Angestellten.

Die Summe der Bruttolöhne und -gehälter umfaßt auch an tätige Personen in eigenen Sozialeinrichtungen (z. B. Werksarzt) gezahlte Beträge, Vergütungen für Feiertage, Urlaub, Arbeitsausfälle und dergleichen, Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall einschließlich Zuschüsse zum Krankengeld, Gratifikationen, zusätzliche Monatsgehälter, Gewinnbeteiligung, Urlaubsbeihilfen und sonstige einmalige Lohn- und Gehaltszahlungen, Abfindungen gemäß Arbeitsrecht, Entschädigungen für nicht gewährten Urlaub, Mietbeihilfen und Wohnungszuschüsse, tarifrechtlich oder vertraglich vereinbarte Kindergelder und sonstige Familienzuschläge sowie Erziehungsbeihilfen, Essensgeld, Wegezeit-Entschädigungen, Fahrtkostenersatz und -zuschüsse für Fahrten von und zur Arbeitsstätte, Auslösungen, sofern dafür Lohnsteuer entrichtet wurde, Leistungen des Arbeitgebers im Sinne von § 2 des Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung von Arbeitnehmern, Zinszuschüsse zu Darlehenszinszahlungen, Bezüge von Gesellschaftern, Vorstandsmitgliedern und anderen leitenden Kräften, soweit sie steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit anzusehen sind, an Angestellte gezahlte Provisionen und Tantiemen.

Zu den Beschäftigten zählen alle Personen, die als tätige Inhaber und tätige Mitinhaber den Betrieb wirtschaftlich und organisatorisch leiten, als unbezahlt mithelfende Familienangehörige mindestens ein Drittel der branchenüblichen Arbeitszeit tätig sind, in einem vertraglichen Arbeits- bzw. Dienstverhältnis zum Betrieb stehen (z. B. auch Vorstandsmitglieder, Direktoren, Reisende im Angestelltenverhältnis, Volontäre, Praktikanten und Auszubildende), von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen wurden (z. B. Zeitbeschäftigte für Bürotätigkeiten). Darunter werden als Arbeiter alle Beschäftigten erfaßt, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen, einschließlich der gewerblich Auszubildenden. Die Differenz zwischen der Zahl der Beschäftigten und der Arbeiter wird als Zahl der Angestellten ausgewiesen. D.h. tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige sind in der Angestelltenzahl enthalten.

In der Tabelle sind die Ergebnisse für die Jahre 1986 bis 1993 sowie für die Monate Oktober 1990 und Okto-

ber 1993 dargestellt. Der Monat Oktober wurde ausgewählt, um mit den Ergebnissen der Gehalts- und Lohnstrukturhebung besser vergleichen zu können, die nur für den Oktober des Berichtsjahres 1990 vorliegen. Die quantitativen Abweichungen zwischen den Ergebnissen der Monatserhebung und denen der Gehalts- und Lohnstrukturhebung halten sich in engen Grenzen. Dagegen ist zwischen den Ergebnissen der Monatserhebung (42 715 DM Bruttolohn und -gehalt je Beschäftigten 1986) und der Arbeitsstättenzählung (37 290 DM Bruttolohn und -gehalt je Beschäftigten 1986) ein deutlicher Unterschied erkennbar. Ein Grund für diese Differenz ist in der abweichenden Begriffsabgrenzung der „Beschäftigten“ zu suchen. In der Arbeitsstättenzählung werden alle unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen als Beschäftigte erfaßt, in der Monatserhebung nur die mit mindestens einem Drittel der branchenüblichen Arbeitszeit.

Laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel

Diese Stichprobenerhebung liefert vierteljährlich für die Monate Januar, April, Juli und Oktober Ergebnisse über die durchschnittlichen Bruttowochen- und Bruttostundenverdienste und die durchschnittlich bezahlten Wochenstunden der Arbeiter in der Industrie sowie die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe. Außerdem werden jährlich die Bruttojahresverdienste der Arbeiter und Angestellten erhoben.

Zur Ermittlung der Bruttojahresverdienstsumme sind die gemäß § 31 Lohnsteuerdurchführungsverordnung für jeden Arbeitnehmer zu führenden Lohnkonten heranzuziehen. Die Bruttojahresverdienstsumme ergibt sich durch Addition folgender Einzelpositionen des Lohnkontos:

- Verdienst (einschließlich steuerlicher Wert von Sachbezügen ohne jeden Abzug),
- Jahresabschluß- und Ergebnisprämien, Gewinnbeteiligungen, 13. Monatsgehalt bzw. -lohn, zusätzliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgratifikationen u. ä.,
- Bezüge, die nicht zum steuerpflichtigen Verdienst gehören,

Monatserhebung für Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

Jahr Monat	Betriebe	Beschäftigte			Bruttolöhne und -gehälter		Löhne		Gehälter	
		insgesamt	Arbeiter	Angestellte	insgesamt	je Beschäftigten	insgesamt	je Arbeiter	insgesamt	je Angestellten
		Anzahl			Mill. DM	DM	Mill. DM	DM	Mill. DM	DM
1986	2 614	367 161	252 940	114 221	15 683,4	42 715	9 123,6	36 070	6 559,8	57 431
1987	2 584	365 266	250 074	115 192	16 282,2	44 576	9 393,6	37 563	6 888,6	59 801
1988	2 601	367 192	250 115	117 077	17 062,4	46 467	9 741,9	38 950	7 320,5	62 527
1989	2 643	375 534	255 000	120 534	18 059,9	48 091	10 282,9	40 325	7 777,0	64 521
1990	2 614	385 894	262 939	122 955	19 301,3	50 017	11 002,9	41 846	8 298,4	67 491
Oktober	2 626	390 916	266 203	124 713	1 572,5	4 023	918,8	3 452	653,7	5 242
1991	2 667	393 869	267 804	126 065	20 679,6	52 504	11 754,4	43 892	8 925,2	70 798
1992	2 678	385 046	258 421	126 625	21 424,0	55 640	11 968,5	46 314	9 455,5	74 673
1993	2 594	356 557	234 909	121 648	20 471,9	57 416	11 180,2	47 594	9 291,8	76 382
Oktober	2 583	349 589	229 406	120 183	1 603,9	4 588	887,9	3 870	716,0	5 958



- Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen,
- Prämien für Verbesserungsvorschläge,
- Bezüge, die nach festen oder besonderen Pauschätzen besteuert worden sind sowie die darauf anfallende Lohnsteuer, wenn der Arbeitgeber sie übernommen hat,
- Fahrtkostenersatz und -zuschüsse für Fahrten von und zur Arbeitsstätte, sofern hierfür Lohnsteuer entrichtet wird.

Zum Bruttoeinkommen zählen nicht

- die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung,
- der Arbeitgeberzuschuß zum Krankenversicherungsbeitrag für nicht versicherungspflichtige Angestellte gemäß Krankenversicherungsänderungsgesetz,
- Zahlungen von Unterstützungen oder Beihilfen für betriebsbedingte Arbeitseinschränkungen (z. B. Kurzarbeit),
- das gesetzliche Kindergeld nach dem Kindergeldgesetz,
- Spesenersatz, Trennungsschädigungen, alle nicht lohnsteuerpflichtigen Auslösungen,
- im Kalenderjahr gewährte Vorschüsse, Darlehen,
- im Kalenderjahr ausgezahlte Nach- und Rückzahlungen, die frühere Kalenderjahre betreffen.

Die Zahl der Angestellten und Arbeiter schließt auch diejenigen ein, die kurz gearbeitet haben, und zwar ohne Rücksicht auf die Dauer der Kurzarbeit. Nicht zu erfassen sind Arbeitskräfte,

- die im Laufe des Kalenderjahres in den Betrieb eingetreten oder aus dem Betrieb ausgeschieden sind,
- die zwar formal während des ganzen Jahres dem Betrieb angehörten, aber für weniger als 12 Monate Gehalt und Lohn bezogen haben,
- die stundenweise, halbtags oder nur an bestimmten Tagen tätig sind,
- die Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sind und aus diesem Grund verminderten Verdienst erhalten

sowie

- mithelfende Familienangehörige, soweit nicht sozialversichert,
- Praktikanten und Volontäre,
- Auszubildende und Anlernlinge,
- Heimarbeiter und Zwischenmeister,
- leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis (Leistungsgruppe I),
- gesetzliche Vertreter von Körperschaften (Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer einer GmbH sowie die stellvertretenden Vorstandsmitglieder).

## Gehalts- und Lohnstrukturerhebung

Die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ergänzen die laufenden Verdiensterhebungen vor

## Laufende Verdiensterhebung in Industrie und Handel

Jahr	Bruttojahresverdienste	
	je Arbeiter	je Angestellten
	DM	
Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk <sup>1)</sup>		
1986	39 218	57 892
1988	42 087	62 730
1990	46 782	68 494
1992 <sup>2)</sup>	51 580	74 185
Industrie ohne Bauindustrie <sup>3)</sup>		
1986	39 758	58 235
1988	42 743	63 100
1990	47 262	68 840
1992 <sup>2)</sup>	51 872	74 519
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe		
1986	.	38 950
1988	.	42 290
1990	.	46 597
1992 <sup>2)</sup>	.	53 400

1) Produzierendes Gewerbe. - 2) Seit 1992 neuer Berichtskreis. - 3) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung.

allen um Informationen über die Einkommensverteilung, über den Einfluß von Merkmalen wie Alter, Ausbildungsstand und Dauer der Unternehmenszugehörigkeit auf die Einkommenshöhe, und über die gesetzlichen Abzüge vom Bruttoeinkommen. Die Grundlage hierfür sind individuell erfragte Angaben über Arbeitnehmer, die systematisch aus den Lohnlisten der in die Stichprobenerhebung einbezogenen Betriebe ausgewählt wurden. Im Unterschied zu diesem aufwendigen Individualverfahren werden für die laufenden Verdiensterhebungen nur die Lohnsummen der betrieblichen Abrechnung herangezogen. Weitere Unterschiede gegenüber den laufenden Erhebungen bestehen darin, daß auch Teilzeitbeschäftigte einbezogen sind und daß Arbeitsbedingungen sowie gesetzliche Abzüge erfragt werden. Die Abgrenzung des Einkommens ist in beiden Statistiken gleich. Als Berichtszeitraum wurde das gesamte Jahr und zusätzlich der Monat Oktober festgelegt. Die jüngste Gehalts- und Lohnstrukturerhebung erfolgte 1990, die davorliegende 1978. In Zukunft ist ein fünfjähriger Turnus vorgesehen. In den beiden hier beispielhaft aufgestellten Tabellen sind Jahres- bzw. Oktoberzahlen der Brutto- und Nettoverdienste enthalten.

## Arbeitskostenerhebung

Die Arbeitskostenerhebung soll ein umfassendes und detailliertes Bild über die gesamten Personalkosten geben. Sie erfolgt im vierjährigen Abstand als Stichprobe im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Es können die Pro-Kopf-Bruttoeinkommen für Arbeiter und Angestellte berechnet werden.

Zum Bruttoeinkommen gehören

- der Grundlohn sowie sämtliche Zuschläge,
- Gratifikationen, zusätzliche Monatsgehälter, Gewinnbeteiligungen, zusätzliches Urlaubsgeld, Provisio-



- nen, Tantiemen, Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen und Verbesserungsvorschläge, sonstige Einmalzahlungen,
- Leistungen des Arbeitgebers zur Vermögensbildung des Arbeitnehmers einschließlich der (Netto-)Aufwendungen für die Ausgabe von Belegschaftsaktien,
  - die Vergütung der Urlaubstage (einschließlich Entschädigungen für nicht gewährten Urlaub), der Krankheitstage, gesetzlichen Feiertage und sonstiger bezahlter Ausfallzeiten.

Bestandteile der Arbeitskosten, aber nicht des Einkommens, sind

- Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung,
- Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung,
- Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen,
- Entlassungsentschädigungen,
- Familienunterstützungen,
- Wohnungsfürsorge,
- Beihilfen im Krankheitsfall,
- Verpflegungszuschüsse, Auslösungen u. ä.,
- Naturalleistungen,
- Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen,
- Ausbildungsvergütungen,
- sonstige Aufwendungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Gehalts- und Lohnstrukturhebung für das Jahr 1990

Merkmal	Verdienste je Arbeitnehmer	
	brutto	netto
	DM	
Produzierendes Gewerbe, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe		
Zusammen	53 443	36 635
Arbeiter	46 507	32 044
männlich	48 523	33 535
weiblich	33 894	22 719
Angestellte	62 784	42 818
männlich	72 789	50 347
weiblich	43 591	28 373
Produzierendes Gewerbe		
Zusammen	54 705	37 554
Arbeiter	46 957	32 348
männlich	48 981	33 843
weiblich	34 215	22 932
Angestellte	69 522	47 509
männlich	77 636	53 729
weiblich	47 756	30 825
Verarbeitendes Gewerbe		
Zusammen	54 967	37 737
Arbeiter	46 672	32 180
männlich	49 080	33 967
weiblich	34 194	22 921
Angestellte	70 133	47 897
männlich	78 412	54 221
weiblich	48 086	31 056

Gehalts- und Lohnstrukturhebung für den Monat Oktober 1990

Merkmal	Verdienste je Arbeitnehmer			
	brutto	Gesetzliche Abzüge		netto
		Lohnsteuer	Beiträge zur Sozialversicherung	
	DM			
Produzierendes Gewerbe, Handel Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe				
Zusammen	3 983	557	657	2 770
Arbeiter	3 579	447	621	2 511
männlich	3 743	463	648	2 632
weiblich	2 572	348	457	1 767
Angestellte	4 584	720	709	3 155
männlich	5 352	837	797	3 717
weiblich	3 198	509	549	2 139
Produzierendes Gewerbe				
Zusammen	4 091	574	672	2 846
Arbeiter	3 616	453	627	2 536
männlich	3 779	469	653	2 657
weiblich	2 596	352	461	1 783
Angestellte	5 105	830	768	3 506
männlich	5 737	923	837	3 976
weiblich	3 515	595	596	2 324
Verarbeitendes Gewerbe				
Zusammen	4 097	577	667	2 852
Arbeiter	3 576	445	616	2 515
männlich	3 771	464	647	2 660
weiblich	2 595	352	461	1 782
Angestellte	5 141	842	769	3 530
männlich	5 782	938	838	4 007
weiblich	3 533	601	597	2 336

In der Zahl der Arbeiter und Angestellten sind die rentenversicherungspflichtigen sowie die aufgrund besonderer Vorschriften von der Versicherungspflicht befreiten Arbeitnehmer enthalten, ohne Heimarbeiter, Vertreter juristischer Personen und ausschließlich auf Provisionsbasis Tätige. Teilzeitbeschäftigte gehen mit einem Gewicht von 0,6 in die Berechnung ein.

Arbeitskostenerhebung für das produzierende Gewerbe 1988

Kostenart	Kosten je Arbeitnehmer		
	insgesamt	Arbeiter	Angestellte
	DM		
Bruttolöhne und -gehälter	47 749	40 461	63 398
davon			
Entgelt für geleistete Arbeit	33 828	28 786	44 657
Sonderzahlungen	5 668	4 396	8 398
Vergütung arbeitsfreier Tage	8 253	7 279	10 343
Arbeitgeberpflichtbeträge zur Sozialversicherung	8 541	8 003	9 698
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung	3 084	/	6 175
Sonstige Personalnebenkosten	2 703	2 669	2 777
Personalkosten insgesamt	62 092	52 792	82 064
dar. Personalnebenkosten	28 264	24 006	37 407



In der Tabelle ist zu beachten, daß die Bruttolöhne und -gehälter Teile der Personalnebenkosten enthalten, nämlich die Sonderzahlungen und die Vergütung arbeitsfreier Tage. Das Entgelt für die geleistete Arbeit plus die Personalnebenkosten ergeben die gesamten Personalkosten.

Beschäftigtenstatistik

Diese Statistik basiert auf der Auswertung der Versicherungsnachweise sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmer. Sie wird von der Bundesanstalt für Arbeit aufbereitet und gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit, dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern ausgewertet. Es werden Angaben gemacht über die Beschäftigten u. a. nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Wirtschaftszweig, Stellung im Beruf, Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung, Ausbildung, Beschäftigungsdauer und beitragspflichtigem Arbeitsentgelt.

Das Arbeitsentgelt wird bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze erfaßt. Diese wird jährlich an die Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt. Der Teil des Verdienstes, der über die Beitragsbemessungsgrenze hinausgeht, fließt nicht in den Nachweis der Entgelte ein. Dadurch wird die Berechnung der Durchschnittsentgelte verzerrt. Wenn es in einem Gebiet oder in einem Wirtschaftszweig eine relativ große Zahl von Beschäftigten mit über der Beitragsbemessungsgrenze liegenden Verdiensten gibt, dann wird das Durchschnittsentgelt tendenziell zu niedrig angegeben gegenüber vergleichbaren Einheiten mit einem geringen Anteil solcher Arbeitnehmer.

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der in Berufsausbildung befindlichen Personen, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind zur Bundesanstalt für Arbeit.

Beschäftigtenstatistik

Jahr	Beschäftigte Personen			Durchschnittsentgelte		
	insgesamt	darunter ganztätig		Beschäftigte insgesamt	ganztätig Beschäftigte	ganztätig Vollzeitbeschäftigte <sup>1)</sup>
		Beschäftigte	Vollzeitbeschäftigte <sup>1)</sup>			
	1 000			DM		
Insgesamt						
1986	1 232,4	899,3	709,2	29 625	35 238	39 540
1988	1 237,7	902,9	707,4	31 731	37 716	42 326
1990	1 297,7	932,0	721,8	34 372	41 227	46 329
Verarbeitendes Gewerbe						
1986	477,8	370,0	313,8	33 932	39 031	42 339
1988	475,7	366,8	316,3	36 496	42 014	45 325
1990	499,3	378,7	326,6	39 806	46 200	49 549

1) Nur Personen mit einem Beschäftigungsfall, ohne Beschäftigte in beruflicher Ausbildung und ohne Beschäftigte ohne Entgelt.

Wehr- oder Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihre Dienste aus einem auch weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus antreten und nur wegen des Wehr- oder Zivildienstes kein Entgelt erhalten. Personen, die wegen Erziehungsurlaub ihre Beschäftigung ohne Kündigung des Arbeitsverhältnisses unterbrochen haben, werden ebenfalls weiterhin erfaßt.

Durchschnittsentgelte werden üblicherweise für alle Beschäftigten, für die ganztätig Beschäftigten und für die ganztätig Vollzeitbeschäftigten ausgewiesen. In der Tabelle sind die entsprechenden Ergebnisse für alle Wirtschaftsbereiche insgesamt und für das verarbeitende Gewerbe dargestellt.

Der Beitrag wird fortgesetzt mit einer Darstellung von Statistiken, die das Einkommen beim Empfänger erfassen.

Dr. Hans Herbert Krieg

Preisindizes

Die amtliche Statistik stellt eine Vielzahl von Preisindizes zur Verfügung. Über die Entwicklung der Preise in der Bundesrepublik Deutschland informiert das Statistische Bundesamt monatlich in seiner Fachserie 17 (Preise). Seit 1990 werden neben den Preisindizes für das frühere Bundesgebiet auch die der neuen Länder und Berlin-Ost veröffentlicht. Diese Differenzierung wird aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen und Verbrauchsstrukturen in Deutschland auch in den nächsten Jahren noch notwendig sein. Vom Zeitpunkt der Umstellung auf das Basisjahr 1991 werden aber zusätzlich Preisindizes für das gesamte Bundesgebiet angegeben.

Darüber hinaus geben auch die Statistischen Landesämter in unterschiedlicher Gliederungstiefe und

Häufigkeit Statistische Berichte über den Stand und die Entwicklung verschiedener Preisindizes ihrer Bundesländer heraus.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses (z. B. bei Tarifverhandlungen oder vertraglich vereinbarten Wertesicherungsklauseln) stehen die Preisindizes für die Lebenshaltung, die die Preisentwicklung auf der Stufe des privaten Verbrauchs messen.

Vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz wird kein landesspezifischer Preisindex für die Lebenshaltung berechnet, da die Entwicklung in Rheinland-Pfalz weitestgehend dem Bundesdurchschnitt entspricht. Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf die Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet (Gebietsstand 2. Oktober 1990).



Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet<sup>1)</sup> im März 1994  
Warenkorb des Jahres 1985 – Basis 1985 = 100

Indexbezeichnung	1993	1994		Veränderung in % März 1994 zu		Monatsdurchschnitt Januar – März		
	März	Februar	März	März 1993	Februar 1994	1993	1994	Veränderung in %
I. Alle privaten Haushalte								
Gesamtlebenshaltung	119,0	122,6	122,8	3,2	0,2	118,6	122,5	3,3
dagegen 1980 = 100	143,8	148,2	148,4			143,3	148,1	
1976 = 100	168,0	173,1	173,4			167,4	173,0	
1970 = 100	236,1	243,2	243,6			235,2	243,1	
1962 = 100	289,3	298,0	298,5			288,2	297,9	
II. 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen								
Gesamtlebenshaltung	118,5	122,0	122,2	3,1	0,2	118,0	121,9	3,3
dagegen 1980 = 100	143,1	147,3	147,6			142,5	147,2	
1976 = 100	165,9	170,8	171,1			165,2	170,7	
1970 = 100	231,9	238,7	239,1			231,0	238,5	
1962 = 100	283,1	291,4	291,9			282,0	291,2	
1958 = 100	305,3	314,3	314,8			304,1	314,0	
III. 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen								
Gesamtlebenshaltung	119,9	123,6	123,9	3,3	0,2	119,5	123,6	3,4
dagegen 1980 = 100	145,5	150,0	150,4			145,0	150,0	
1976 = 100	170,5	175,8	176,2			169,9	175,7	
1970 = 100	239,6	247,0	247,6			238,7	246,9	
IV. 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen								
Gesamtlebenshaltung	118,7	122,2	122,5	3,2	0,2	118,2	122,1	3,3
dagegen 1980 = 100	143,7	147,9	148,3			143,1	147,8	
1976 = 100	165,6	170,5	170,9			164,8	170,4	
1970 = 100	234,3	241,2	241,8			233,2	241,1	
V. Einfache Lebenshaltung eines Kindes								
Gesamtlebenshaltung	117,0	119,2	119,5	2,1	0,3	116,6	119,2	2,2

1) Gebietstand 2. Oktober 1990.

Der monatlich veröffentlichte Statistische Bericht beinhaltet für verschiedene Haushaltstypen unter anderem den jeweils aktuellen Indexstand für mehrere Basisjahre, die prozentuale Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat und dem Vormonat sowie eine langfristige Übersicht der Entwicklung der einzelnen Indexreihen. Die Medien berichten in der Regel nur über die Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahresmonat.

### Der Preisindex für die Lebenshaltung mißt keine Lebenshaltungskosten

Die häufig benutzte Formulierung Index der Lebenshaltungskosten ist sachlich falsch und irreführend. Die Kritik an dieser falschen Bezeichnung wird offensichtlich als kleinlich und überflüssig empfunden, denn entsprechende Korrekturen der Begriffswahl bleiben in der Regel aus.

Tatsache ist allerdings, daß sich die Lebenshaltungskosten aufgrund verschiedener Ursachen verändern

können. Betrachtet man den Fall steigender Lebenshaltungskosten, so können diese mindestens durch drei unterschiedliche Faktoren beeinflusst sein. Es werden vom Verbraucher

- (1) Güter höherwertiger Qualität (i. d. R. teurer) in gleicher Menge bei unveränderten Preisen,
- (2) mehr Güter bei gleicher Qualität und unveränderten Preisen oder
- (3) Güter gleicher Qualität und Menge zu höheren Preisen gekauft.

Darüber hinaus ist jede denkbare Kombination dieser drei Faktoren als Ursache steigender Lebenshaltungskosten möglich.<sup>1)</sup>

Die Statistik der Verbraucherpreise ist dagegen, wie die gesamte amtliche Preisstatistik, auf den Nachweis von Preisveränderungen ausgerichtet. Ihre wichtigsten Ergebnisse sind Preismeßzahlen und Preisindizes. Zur Ermittlung des Preisindex für die Lebenshaltung werden im früheren Bundesgebiet in 118 Städten und Gemeinden monatlich etwa 200 000 Einzelpreise für 751 Güter und Dienstleistungen erfaßt. Diese Güter und Dienstleistungen werden auch Preisrepräsentanten genannt, da sie ausgewählt werden um die Preisentwicklung bestimmter Warengruppen zu repräsentieren.<sup>2)</sup> Grundlage dieser Auswahl sind die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der laufenden Wirt-

1) Vgl. Rasch, H.G., Preisindex für die Lebenshaltung und Wertsicherungsklauseln, in: Neue Juristische Wochenschrift, 28. Jg., April 1985.

2) Eine Darstellung zur Problematik bei der Auswahl der Preisrepräsentanten findet man bei: Guckes, S., Aus der Berechnung von Preisindizes, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 1979, S. 206 ff.



schaftsrechnungen privater Haushalte, die außerdem genutzt werden, um für die einzelnen Haushaltstypen<sup>3)</sup> jeweils ein bestimmtes Wägungsschema, den sogenannten Warenkorb, aufzustellen.

Dieser Warenkorb enthält die zu erfassenden Güter und Dienstleistungen mit den entsprechenden Wägungszahlen und wird für ein bestimmtes Basisjahr (zur Zeit : 1985 = 100) konstant gehalten. Wie später gezeigt wird, handelt es sich um einen Preisindex nach der Berechnungsmethode von Laspeyres.

Indexzahlen

Um Aussagen über Gruppen verschiedener, aber ähnlicher Merkmalswerte zu machen, bedient man sich der Indizes (Indexzahlen). „Indizes sind Mittelwerte von Meßzahlen, also von Verhältniszahlen (relativen Zahlenangaben), bei denen der jeweilige Wert ins Verhältnis zu dem einer Basisperiode gesetzt wird.“<sup>4)</sup> Dem Vorteil, mit einer Indexzahl die durchschnittlichen Veränderungen einer Vielzahl gleichartiger Tatbestände in einer einzigen Zahl ausdrücken zu können, steht natürlich immer der gleichzeitige Verlust der Einzelinformationen gegenüber.

Um bei der Vielzahl von Einzeldaten für verschiedene Fragestellungen zeitliche, regionale oder sachliche Vergleiche und Analysen durchführen zu können, haben sich Indexzahlen, insbesondere für wirtschaftspolitische Entscheidungsträger, zu einem unerläßlichen Informationsinstrument entwickelt.

Hierbei sind in den Wirtschaftswissenschaften Preis-, Mengen- und Umsatzindizes von besonderem Interesse. Da die verschiedenen Indizes auf dem gleichen

Konstruktionsprinzip beruhen, beschränkt sich die Darstellung im folgenden, wegen ihrer überragenden Bedeutung, auf die Preisindizes für die Lebenshaltung und auf zeitliche Vergleiche.

Indexkonstruktion

Um die Preisentwicklung eines bestimmten Gutes (Symbol : i), von der Basiszeit (Symbol : 0) zur Berichtszeit (Symbol : 1) zu beschreiben, kommt der Preismeßzahl eine besondere Bedeutung zu :

M<sub>i</sub> =  $\frac{p_{i1}}{p_{i0}}$  (i = 1, ..., n).

Es werden mit

M<sub>i</sub> die Preismeßzahl des Gutes i, mit  
p<sub>i0</sub> der Preis des Gutes i zur Basiszeit und mit  
p<sub>i1</sub> der Preis des Gutes i zur Berichtszeit  
bezeichnet.

Zur Berechnung der durchschnittlichen Preismeßzahl aller n Güter, summiert man die einzelnen Preismeßzahlen und dividiert durch deren Anzahl, d. h. es erfolgt die Berechnung des ungewogenen arithmetischen Mittels :

P<sub>C</sub> =  $\frac{1}{n} \sum_{i=1}^n \frac{p_{i1}}{p_{i0}}$ .

P<sub>C</sub> bedeutet dabei Preisindex nach Carli, der 1764 eine der ersten Untersuchungen zur Preisentwicklung durchführte.<sup>5)</sup>

Ein solcher Preisindex ist allerdings noch unbefriedigend, da die verschiedenen Güter alle mit dem selben Gewicht in die Berechnung eingehen.

Führt man hingegen ein Wägungsschema ein und bezeichnet die Gewichte bzw. Wägungszahlen der ein-

3) Dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes liegt ein von Experten der Jugendhilfe und -betreuung entwickeltes Bedarfsschema zugrunde.

4) Lippe, P. von der, Wirtschaftsstatistik, 4. Auflage, Stuttgart 1990, S. 35. 5) Zu den weiteren Ausführungen zur Indexkonstruktion vgl. Lippe, P. von der, a. a. O., S. 358 ff.

5) Zu den weiteren Ausführungen zur Indexkonstruktion vgl. Lippe, P. von der, a. a. O., S. 358 ff.

Anteile der Hauptgruppen (Gliederung nach dem Verwendungszweck) an den Warenkörben der verschiedenen Haushaltstypen 1985 (Angaben in 0/00)

Hauptgruppe	Alle privaten Haushalte	4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	2-Personen-Haushalte von Renten- u. Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	Einfache Lebenshaltung eines Kindes
Nahrungsmittel, Getränke	229,89	201,81	259,54	304,19	444,99
Bekleidung, Schuhe	69,47	79,93	76,97	52,42	239,22
Wohnungsmiete, Energie (ohne Kraftstoffe)	250,29	226,45	253,22	337,48	168,18
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	72,21	62,05	66,01	62,44	50,38
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	40,99	55,91	29,41	48,42	32,44
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	144,03	144,87	139,30	85,45	30,55
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes)	83,71	97,27	94,07	57,42	23,41
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	109,41	131,71	81,48	52,18	10,83
Lebenshaltung insgesamt	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000



zelnen Güter mit  $W_i$  ( $0 \leq W_i \leq 1$ ,  $\sum W_i = 1$ ), so folgt daraus ein gewogenes arithmetisches Mittel:

$$P = \sum \frac{p_{i1}}{p_{i0}} W_i.$$

Zur Vereinfachung der Schreibweise werden die Summationsgrenzen weggelassen.

### Preisindex nach Laspeyres

Wird der Ausgabenanteil eines Gutes zur Basiszeit als Wägungszahl benutzt, also:

$$W_i = \frac{p_{i0} q_{i0}}{\sum p_{i0} q_{i0}},$$

wobei  $q_{i0}$  die Menge des Gutes  $i$  zur Basiszeit bezeichnet, so ergibt sich der Preisindex nach Laspeyres:

$$P_L = \frac{\sum \frac{p_{i1}}{p_{i0}} p_{i0} q_{i0}}{\sum p_{i0} q_{i0}} = \frac{\sum p_{i1} q_{i0}}{\sum p_{i0} q_{i0}}.$$

Dieser Ausdruck wird mit 100 multipliziert, denn Indexzahlen werden üblicherweise als Prozentzahlen ausgedrückt:

$$P_L = \frac{\sum p_{i1} q_{i0}}{\sum p_{i0} q_{i0}} \cdot 100.$$

Die durch den Preisindex nach Laspeyres beschriebene Preisveränderung von der Basis- zur Berichtszeit bezieht sich somit auf einen seit der Basiszeit konstant gehaltenen Warenkorb.

Am aktuellen Stand des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte läßt sich diese Tatsache verdeutlichen: Stand März 1994: 122,8 (Berichtszeit). Der Warenkorb der Basiszeit (1985 = 100) kostet demnach in der Berichtszeit 22,8 % mehr als in der Basiszeit.

Aufgrund der mit der einfachen Berechenbarkeit (Vorteil des konstanten Wägungsschemas) verbundenen hohen Aktualität, der leichten Verständlichkeit und guten Interpretierbarkeit erfolgt in der amtlichen Statistik die Berechnung der Preisindizes nach der Formel von Laspeyres.

### Preisindex nach Paasche

Beim Preisindex nach Paasche werden als Gewichte die fiktiven Ausgabenbeträge „Mengen der Berichtszeit ( $q_{i1}$ ) zu Preisen der Basiszeit“ benutzt:

$$W_i = \frac{p_{i0} q_{i1}}{\sum p_{i0} q_{i1}}.$$

Dies führt zum Preisindex nach Paasche:

$$P_P = \frac{\sum \frac{p_{i1}}{p_{i0}} p_{i0} q_{i1}}{\sum p_{i0} q_{i1}} \cdot 100 = \frac{\sum p_{i1} q_{i1}}{\sum p_{i0} q_{i1}} \cdot 100.$$

Der Preisveränderung, die durch den Preisindex nach Paasche gemessen wird, liegt also ein Warenkorb der Berichtszeit zugrunde.

Entscheidender Nachteil dieser Berechnungsmethode ist die Tatsache, daß für jede Berichtsperiode ein neuer Warenkorb aufgestellt werden muß, was mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden ist.

Bei normalem Nachfrageverhalten der Verbraucher (steigender Preis eines Gutes führt zu sinkenden nachgefragten Mengen und zu Substitutionseffekten) liegt der Wert des Preisindex nach Laspeyres über dem des Preisindex nach Paasche ( $P_L > P_P$ ). Diese, auch Laspeyres-Effekt genannte Beziehung, wird in der Regel mit wachsender Entfernung vom Basisjahr größer und hat ihre Ursachen in den unterschiedlichen Strukturen der Warenkörbe. Sie kann sich allerdings auch in ihr Gegenteil verkehren ( $P_L < P_P$ ), wenn die entsprechenden Substitutionsmöglichkeiten fehlen und die Preiselastizität der Nachfrage gering ist (z. B. bei Mieten).

Das Statistische Bundesamt stellt Parallelrechnungen der Preisindizes nach Paasche und Laspeyres auf, um den Zeitpunkt der Neuberechnung für ein neues Basisjahr festzulegen. Aufgrund internationaler Vereinbarungen werden allerdings die Preisindizes im Abstand von 5 Jahren auf ein neues Basisjahr umgestellt, sofern es sich um ein Jahr mit „normaler“ gesamtwirtschaftlicher Entwicklung handelt. Die letzten Basisjahre waren 1970, 1976, 1980 und zur Zeit 1985. Das nächste Basisjahr wird, wegen der Ausnahmesituation der Wiedervereinigung Deutschlands, erst 1991 sein. Die Umstellung auf das neue Basisjahr wird voraussichtlich zum Jahreswechsel 1994/95 erfolgen.

### Weitere Preisindizes

Die ältere Indextheorie beschäftigte sich mit der Suche nach einem System formal-mathematischer Kriterien und der Entwicklung eines „Idealindex“, der all diese Kriterien bestmöglich erfüllen soll. Bei den zahlreich entstandenen Indexformeln (allein Fisher stellte 134 solcher Formeln auf) handelt es sich meistens entweder um die Kreuzung der Indizes nach Laspeyres und Paasche:

Preisindex nach Drobisch (arithmetische Kreuzung)

$$P_D = \frac{1}{2} (P_L + P_P),$$

Preisindex nach Fisher (geometrische Kreuzung)

$$P_F = \sqrt{P_L \cdot P_P}$$

oder um eine Kreuzung der Gewichte:

Preisindex nach Marshall-Edgeworth (arithmetische Kreuzung)

$$P_{ME} = \frac{\sum p_{i1} (q_{i0} + q_{i1})}{\sum p_{i0} (q_{i0} + q_{i1})} \cdot 100,$$

Preisindex nach Walsh (geometrische Kreuzung)

$$P_W = \frac{\sum p_{i1} q_{i0} q_{i1}}{\sum p_{i0} q_{i0} q_{i1}} \cdot 100.$$



Die Ergebnisse dieser Preisindizes liegen zwischen den Werten der Preisindizes nach Laspeyres und Paasche. Sie erfüllen zwar meist die geforderten Kriterien besser als diese, lassen sich aber nur schwer interpretieren und setzen im Fall der Kreuzung zudem die Berechnung dieser beiden Indizes voraus. Neben diesen Nachteilen hat die moderne formale Theorie gezeigt, daß das System der Kriterien und Axiome inkonsistent ist. Als Fazit der Überlegungen bleibt festzuhalten, daß der Aktualität und der ökonomisch sinnvollen Interpretierbarkeit der Ergebnisse Vorrang gegenüber solchen formalen Indexkriterien einzuräumen ist.

Umstellung auf ein neues Basisjahr

Die Umstellung auf ein neues Basisjahr erfolgt, wegen der damit verbundenen umfangreichen Arbeiten zur Aufstellung der neuen Wägungsschemata, mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen. So konnte zum Beispiel erst im Oktober 1989 auf das neue Basisjahr 1985 umgestellt werden.

Das Erstellen langfristiger Indexreihen macht es erforderlich, die Daten der verschiedenen Basisjahre miteinander zu verknüpfen bzw. zu verketteten. Eine solche Verkettung wird in der Regel über den Januar des neuen Basisjahres vorgenommen. Die Ermittlung des Verkettungsfaktors geschieht durch Quotientenbildung<sup>6)</sup>:

Januar 1985 (Basis 1980 = 100) =  $\frac{120,0}{99,3} = 1,20846$ .  
Januar 1985 (Basis 1985 = 100)

Das Aufstellen der langfristigen Übersicht für das Basisjahr 1985 erfolgt, indem die Monatswerte auf Basis 1980 bis einschließlich Dezember 1984 durch den Verkettungsfaktor dividiert werden (z. B. Mai 1983 = 115,0 auf Basis 1980 = 100 führt zu

Mai 1983 =  $\frac{115,0}{1,20846} = 95,2$  auf Basis 1985 = 100).

Bei der Aufstellung der langfristigen Übersicht für das Basisjahr 1980 sind drei verschiedene Bereiche zu unterscheiden:

- 1) Werte vor Januar 1985 bleiben unverändert, da sie mit dem Originalwägungsschema von 1980 bestimmt wurden.
- 2) Werte zwischen Januar 1985 und September 1989 müssen mit dem Verkettungsfaktor multipliziert werden, da sie hilfsweise (das neue Wägungsschema lag ja noch nicht vor) noch nach dem alten Wägungsschema von 1980 ermittelt wurden. Der Preisindex stand im Januar 1988 auf 100,7 auf Basis 1985. Dies führt zu einem Stand von  $100,7 \cdot 1,20846 = 121,7$  auf Basis 1980. Der ursprünglich, mit altem Wägungsschema, ermittelte Indexstand für Januar 1988 betrug 121,5. Diese Differenz hat in den unterschiedlichen Strukturen der Warenkörbe ihre Ursache.

Verkettungsfaktoren zur Umbasierung der Indexreihen  
1985 = 100 auf ein zurückliegendes Basisjahr

	1980	1976	1970
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1,20846	1,41188	1,98389
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	1,21349	1,42195	1,99799
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1,20745	1,39980	1,95670
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	1,21069	1,39516	1,97379

3) Werte ab Oktober 1989 (Umstellungsmonat) werden mit dem Verkettungsfaktor multipliziert, da ab jetzt der Preisindex nur noch nach dem neuen Wägungsschema von 1985 ermittelt wird.

Der Indexstand auf Basis 1985 betrug im März 1994 122,8. Dies führt zu  $122,8 \cdot 1,20846 = 148,4$  auf Basis 1980.

Die Berechnung für weitere, zurückliegende Basisjahre erfolgt mit den entsprechenden Verkettungsfaktoren analog.

Die Praxis der Ermittlung der Preisindizes

Die Berechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung für das Bundesgebiet wird im Statistischen Bundesamt durchgeführt. Zuvor müssen jedoch in den Statistischen Landesämtern und Berichtsgemeinden eine Vielzahl von organisatorischen und praktischen Vorarbeiten erfolgen. Diese sollen hier am Beispiel von Rheinland-Pfalz kurz vorgestellt werden.

Die eigentliche Preiserhebung findet um den 15. eines jeden Monats statt. Hierzu werden von geschulten Preisermitlern in 11 Städten unterschiedlicher Größenklassen – den sogenannten Berichtsgemeinden – in 2300 Berichtsstellen etwa 16 500 Einzelpreise erfaßt. Die Berichtsstellen in den Gemeinden sind so ausgewählt, daß sowohl regionale Kaufgewohnheiten als auch verschiedene Handels- und Betriebsformen des Einzelhandels in angemessener Weise repräsentiert werden.

Berichtsgemeinden für die Verbraucherpreisstatistik  
in Rheinland-Pfalz

Mainz	Landau
Ludwigshafen	Idar-Oberstein
Koblenz	Bad Neuenahr-Ahrweiler
Kaiserslautern	Alzey
Trier	Diez
Pirmasens	

6) Das Beispiel bezieht sich auf den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Die Berechnung der Verkettungsfaktoren für die Preisindizes der anderen Haushaltstypen erfolgt analog.



Die Einzelpreise der Berichtsgemeinden werden in den Erhebungsstellen gesammelt und mit den Vormonatspreisen verglichen. Die dabei festgestellten Preisveränderungen werden an das Statistische Landesamt weitergeleitet.

Im Statistischen Landesamt werden die dort gespeicherten Einzelpreise des Vormonats mit den gemeldeten Preisveränderungen zusammengeführt und bearbeitet.

Es wird zunächst für jede Berichtsgemeinde der Gemeindedurchschnittspreis ermittelt. Dieser ist das ungewogene arithmetische Mittel der von den einzelnen Berichtsstellen gemeldeten Preise einer Einzelposition des Warenkorbs.

Die Gemeindedurchschnittspreise aller meldenden Berichtsgemeinden werden, ebenfalls unter Verwendung des ungewogenen arithmetischen Mittels, zu einem Landesdurchschnittspreis zusammengefaßt. Mit der Veränderung des Landesdurchschnittspreises zum Vormonat wird die Landesmeßzahl berechnet. Diese gibt die Veränderung des Einzelpreises von der Basis zur Berichtszeit an.

Die so ermittelten Landesdurchschnittspreise und Landesmeßzahlen werden an das Statistische Bundesamt zur Berechnung der Bundesdurchschnittspreise und Bundesmeßzahlen weitergeleitet. Das dort verwendete Verfahren unterscheidet sich von den vorher beschriebenen dadurch, daß auf Bundesebene ein gewogenes arithmetisches Mittel für jede Einzelposition berechnet wird. Die Gewichtung erfolgt nach den Bevölkerungszahlen der einzelnen Bundesländer und beruht, für das Basisjahr 1985, auf den Ergebnissen der Volkszählung 1987. Die Landesdurchschnittspreise und Landesmeßzahlen von Rheinland-Pfalz gehen mit einem Gewicht von 5,9 % in das Bundesergebnis ein.

Die Bundesmeßzahlen aller 751 Einzelpositionen werden nach dem Verwendungszweck zu Untergruppen, Gruppen und Hauptgruppen zusammengefaßt. Hierzu werden die einzelnen Bundesmeßzahlen mit ihrem jeweiligen Wägungsanteil, der bei den Preisindizes der verschiedenen Haushaltstypen unterschiedlich ist, multipliziert. Das gewogene arithmetische Mittel der so berechneten Wertziffern ist der Preisindex für die Lebenshaltung.

### Der Umgang mit Indexzahlen

Die Veränderung des Indexstandes im zeitlichen Ablauf kann entweder in Punkten oder in Prozent angegeben werden. Die Indexentwicklung nach Punkten ergibt sich als Differenz zwischen dem neuen und alten Indexstand.

Die Indexentwicklung in Prozent wird nach folgender Formel ermittelt:

$$\left( \frac{\text{neuer Indexstand}}{\text{alter Indexstand}} \cdot 100 \right) - 100.$$

Am Beispiel der Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte von März 1991 bis März 1994 wird deutlich, daß für die Angabe in Prozent die Wahl des Basisjahres gleichgültig ist, die Angabe in Punkten dagegen von der Wahl des Basisjahres beeinflusst wird.

Basisjahr 1985: März 1991 = 109,0    März 1994 = 122,8  
Basisjahr 1980: März 1991 = 131,7    März 1994 = 148,4

a) Veränderung in Punkten:

Basisjahr 1985:  $122,8 - 109,0 = 13,8$  Punkte  
Basisjahr 1980:  $148,4 - 131,7 = 16,7$  Punkte

b) Veränderung in Prozent:

Basisjahr 1985:  $\frac{122,8}{109,0} \cdot 100 - 100 = 12,7 \%$   
Basisjahr 1980:  $\frac{148,4}{131,7} \cdot 100 - 100 = 12,7 \%$

Veröffentlichungen über Preisindizes zeigen, daß die Aussagefähigkeit von Indexzahlen oft falsch eingeschätzt und fehlerhaft interpretiert wird.

Bei Beschränkungen auf die häufigsten Fehler bleibt festzuhalten, daß Preisindizes für die Lebenshaltung

- nicht die Lebenshaltungskosten messen;
- keine zuverlässigen Informationen über das absolute Preisniveau geben. Dies würde ein anderes Erhebungsverfahren und eine größere Anzahl von Einzelpreisen voraussetzen;
- einzelnen Haushalten keine Auskunft über die Entwicklung ihres „persönlichen“ Warenkorbs geben. Dieser wird im Einzelfall ganz anders strukturiert sein und vor allem im Zeitablauf nicht konstant bleiben.
- Mittelwerte von Meßzahlen sind, die deutlich vom Gesamtindex abweichen können. Dies läßt sich am Beispiel des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1985 zeigen. Im März 1994 betrug der Index der Gesamtlebenshaltung 122,8. Gliedert man in die 8 Hauptgruppen, so differieren die Hauptgruppenindizes zwischen 115,6 (Nahrung, Getränke) und 142,3 (Güter für die persönliche Ausstattung). Bei weiterer Untergliederung, bis hin zur Betrachtung von Einzelpositionen, werden noch größere Unterschiede deutlich: 71,5 (Kaffee) und 314,9 (Parkgebühren).

Obwohl die Grundsätze der Indextheorie und die praktische Berechnung von Preisindizes hier am Beispiel der Preisindizes für die Lebenshaltung dargestellt wurden, haben sie auch für die anderen Preisindizes der amtlichen Statistik Gültigkeit. Dies gilt insbesondere für die Konstruktion von Indexzahlen und die Messung von Indexveränderungen. Darüber hinaus enthalten amtliche Veröffentlichungen über Preisindizes Erläuterungen zum Umgang mit Indexzahlen. Nur bei Berücksichtigung dieser Hinweise sind Preisindizes als Informationsinstrumente zur Beurteilung der Preisentwicklung verschiedener, ökonomisch relevanter Tatbestände sinnvoll nutzbar und lassen sich Fehlinterpretationen vermeiden.

Diplom-Volkswirt Thomas Kirschey



# Der Wohnungsbau im Jahre 1993

## Erneut mehr Baugenehmigungen

Mit 34 448 Wohnungen wurden im Jahre 1993 in Rheinland-Pfalz erstmals seit 1973 wieder mehr als 30 000 Wohneinheiten zum Bau freigegeben. Das hohe Vorjahresergebnis von 29 271 genehmigten Wohnungen wurde nochmals deutlich übertroffen (+ 17,7 %).

Seit dem Tiefstand im Jahre 1987 (13 301 genehmigte Wohnungen) hat sich die Zahl der Baugenehmigungen in jedem Jahr erhöht. Die Zuwachsrate für 1993 liegt mit nahezu 18 % nach 1989 (+ 25 %), 1990 (+ 34 %) und 1991 (+ 11 %) erneut im zweistelligen Bereich, nachdem der prozentuale Zuwachs 1992 8 % betragen hatte.

In neu zu errichtenden Wohngebäuden sind 30 277 Wohneinheiten (88 %) geplant. Durch bauliche Veränderungen an bereits bestehenden Gebäuden sollen per Saldo (Zugänge ./. Abgänge durch Baumaßnahmen) weitere 3 748 Einheiten (11 %) entstehen. In Nichtwohngebäuden sind mit 423 nur gut 1 % der 1993 neu genehmigten Wohnungen vorgesehen.

Insgesamt gaben die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden 1993 den Bau von 12 673 neuen Wohngebäuden frei, 1 289 Gebäude (11 %) mehr als im Vorjahr (11 384). Die Bauwerke werden einen Rauminhalt von insgesamt 15,9 Mill. Kubikmetern aufweisen und eine Wohnfläche von 2,8 Mill. Quadratmetern. Die Vorjahresbauleistung hatte mit 14 Mill. Kubikmetern Rauminhalt bzw. 2,4 Mill. Quadratmetern Wohnfläche um 12,5 bzw. 14,4 % niedriger gelegen. Die zukünftigen Bewohner werden über rund 130 000 neue Wohnräume verfügen. Die Vorjahresplanungen (112 000 Räume) wurden um gut 16 % übertroffen. Der Flächenverbrauch beträgt bei einer gesamten Grundstücksfläche von fast 11 Mill. und einer Gebäudegrundfläche von rund 2 Mill. Quadratmetern durchschnittlich 857 Quadratmeter je Baugrundstück bzw. 157 Quadratmeter je Wohngebäude.

## Über 17 000 Mietwohnungen in der Planung

Die nicht nur in den Ballungszentren vorhandenen Engpässe in der Wohnungsversorgung hatten im Jahre 1993 nochmals verstärkte Investitionen in den Mietwohnungsbau zur Folge. Mit 17 307 geplanten Wohnungen in neuen Mehrfamilienhäusern lagen die Genehmigungen um mehr als 4 000 Wohnungen (+ 31,6 %) über dem Ergebnis des Vorjahres (13 151). 5 541 Geschoßmietwohnungen (32 %) sollen in den Gebieten der kreisfreien Städte gebaut werden, das sind 5,5 Einheiten je 1 000 Einwohner. In den Landkreisen, in denen nahezu dreimal so viele Einwohner leben, genehmigten die Baubehörden den Bau von 11 766 Geschoßwohnungen, das sind rund 4 je 1 000 Einwohner.

Durch bauliche Veränderungen an Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen werden zusätzlich 1 900 Wohnungen entstehen, so daß insgesamt 19 207 Geschoßwohnungen genehmigt wurden, fast 30 % mehr als in der Vorperiode (14 802). Von diesen Wohnungen entfielen Baugenehmigungen für 1 095 Einheiten auf die Gebäudekategorie der Wohnheime (5,7 %), die schwerpunktmäßig in kreisfreien Städten für Studenten, ältere Menschen, Krankenschwestern und Auszubildende erstellt werden sollen.

Wichtigste Investitionsdeterminanten des Booms im Mietwohnungsbau sind die zu erwartenden Renditen – bedingt durch das hohe Mietenniveau in den Ballungszentren und deren Umland –, die positive Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt und die Aussicht auf Gebäudewertsteigerungen in der Zukunft. Es verwundert daher nicht, daß vornehmlich Wohnungsbauunternehmen und die Gruppe der privaten Haushalte ihr Engagement beim Bau von Mietwohnungen gegenüber 1992 nochmals kräftig erhöhten. So wollen die Unternehmen 731 neue Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen errichten (ohne Wohnheime), die zusammen 7 396 Wohneinheiten aufweisen. Die veranschlagte Investitionssumme für diese Gebäude beziffert sich auf gut

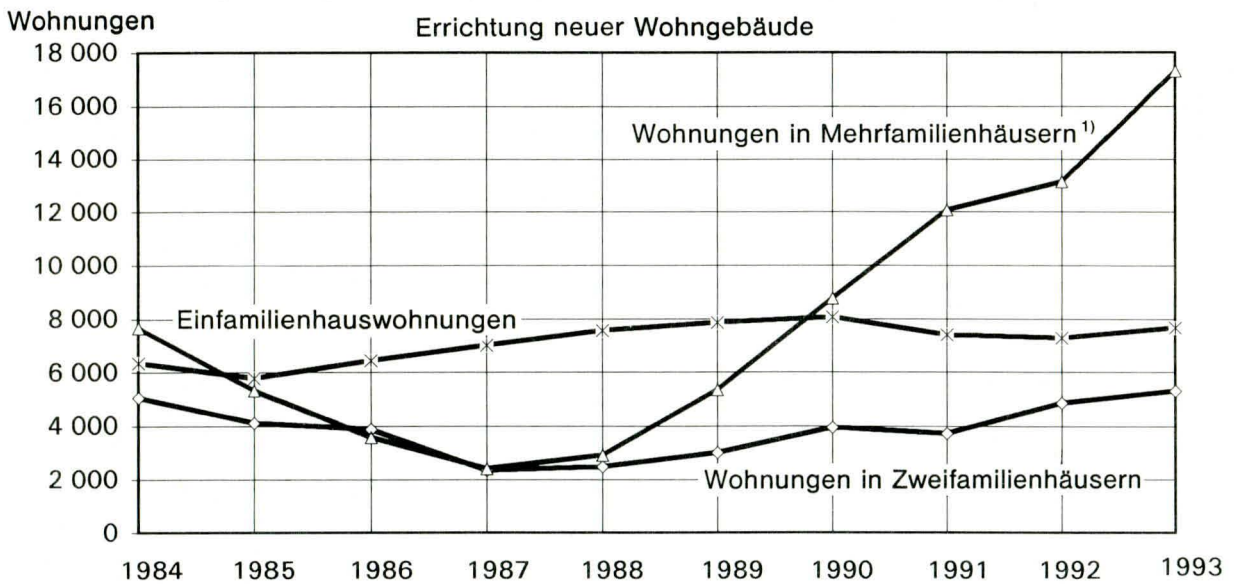
Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1984 bis 1993

Jahr	Wohnungen insgesamt <sup>1)</sup>	Davon					
		Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden	Wohnungen in neu zu errichtenden				
			Nichtwohngebäuden	Wohngebäuden	davon in		
					Einfamilienhäusern	Zweifamilienhäusern	Mehrfamilienhäusern <sup>2)</sup>
1984	20 876	1 447	335	19 094	6 360	5 060	7 674
1985	17 023	1 471	322	15 230	5 792	4 110	5 328
1986	15 694	1 499	310	13 885	6 435	3 868	3 582
1987	13 301	1 280	239	11 782	7 013	2 348	2 421
1988	14 614	1 411	242	12 961	7 550	2 500	2 911
1989	18 235	1 692	344	16 199	7 843	3 010	5 346
1990	24 426	3 325	357	20 744	8 052	3 940	8 752
1991	27 046	3 384	475	23 187	7 393	3 714	12 080
1992	29 271	3 368	609	25 294	7 281	4 862	13 151
1993	34 448	3 748	423	30 277	7 666	5 304	17 307

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.



## Wohnungsbaugenehmigungen 1984 – 1993 nach Gebäudearten



1) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

68/94

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

1,1 Mrd. DM. Auf private Haushalte entfielen Baugenehmigungen für 1 594 Gebäude, in denen sich nach der Fertigstellung 8 784 neue Wohnungen befinden werden. Hierfür hatten die Haushalte mehr als 1,3 Mrd. DM bereitzustellen. Zum Vergleich: 1992 planten Wohnungsbaunternehmen 608 neue mehrgeschossige Wohngebäude mit 6 469 Einheiten, die privaten Haushalte 1 030 Gebäude mit 5 700 Wohnungen. Für diese Gebäude waren 1992 von den beiden Bauherrengruppen 895 Mill. DM bzw. 837 Mill. DM reine Baukosten (ohne Grundstückskosten und ohne Baunebenkosten) veranschlagt worden. Für die Wohnungsanzahl errechnet sich 1993 gegenüber 1992 bei den Unternehmen eine Zuwachsrate von gut 14 %, bei den privaten Bauherren lag sie bei knapp über 54 %. Die Unternehmen steigerten ihre Investitionen um gut 23 %, die Privathaushalte wollten 1993 fast 60 % (500 Mill. DM) mehr in den Mietwohnungsbau investieren. Für die Gruppe der privaten Bauherren errechnet sich 1993 ein Investitionsanteil von über 54 % am Finanzvolumen im Miet-

wohnungsneubau. Sie überflügelten die Wohnungsunternehmen, deren vergleichbarer Anteil knapp 45 % betrug.

Der durchschnittliche Rauminhalt der von Wohnungsunternehmen geplanten mehrgeschossigen Wohngebäude lag 1993 bei 3 570 Kubikmetern umbauten Raumes, während die von Privathaushalten vorgesehenen kleineren Bauten mit 2 061 Kubikmetern deutlich weniger an Rauminhalt aufweisen. Je Gebäudevorhaben hatten die Unternehmen im Durchschnitt gut 1,5 Mill. DM für 10 Wohnungen je Gebäude zu finanzieren. Für die kleineren Häuser der Privaten (5,5 Wohnungen je Gebäude) waren durchschnittlich Finanzierungsmittel von knapp 840 000 DM aufzubringen. Die Organisationen ohne Erwerbscharakter und die öffentlichen Bauherren waren 1993 kaum im Mietwohnungsbau engagiert. Sie ließen sich den Bau von 40 bzw. 93 neuen Geschoßwohnungen genehmigen.

Die veranschlagten Baukosten für die Errichtung von 16 311 neuen Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern bezifferten sich 1993 auf rund 2,5 Mrd. DM. Für die 994 Wohnheimwohnungen waren nochmals gut 71 Mill. DM aufzubringen. Im Vorjahr waren Beträge von gut 1,7 Mrd. bzw. 107 Mill. DM für die Neubauten kalkuliert worden.

### Baugenehmigungen im Wohnbau<sup>1)</sup> 1984 bis 1993 nach geplanter Bauleistung und Baukosten

Jahr	Raum-inhalt	Wohn-fläche	Räume	Veran-schlagte Baukosten <sup>2)</sup>
	1 000 m <sup>3</sup>	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl	Mill. DM
1984	10 614	1 776,1	84 208	3 341,7
1985	9 014	1 484,0	70 541	2 870,2
1986	8 645	1 426,2	66 806	2 782,0
1987	8 030	1 307,8	60 492	2 593,1
1988	8 717	1 422,5	65 522	2 828,3
1989	10 076	1 670,8	77 884	3 287,8
1990	12 318	2 096,1	97 196	4 148,0
1991	12 540	2 180,9	102 289	4 454,8
1992	13 917	2 409,7	111 923	5 243,1
1993	15 907	2 815,9	130 182	6 395,6

1) Errichtung neuer Gebäude. – 2) Ohne Baunebenkosten, einschließlich Mehrwertsteuer.

### Eigenheimnachfrage regional unterschiedlich

Während in den Jahren 1991 und 1992 die gute Baukonjunktur in erster Linie auf den vermehrten Bau von Geschoßwohnungen zurückzuführen war, mußte der Einfamilienhausbau in diesen Jahren Nachfrageeinbußen von – 8 bzw. – 1,5 % hinnehmen. 1993 war insgesamt wieder eine positive Nachfrageentwicklung bei Eigenheimen zu verzeichnen. So ließen sich die zukünf-



tigen Hauseigentümer die Errichtung von 7 666 Einfamilienhäusern genehmigen, rund 400 Gebäude mehr (+ 5 %) als 1992 (7 281). Das Investitionsvolumen bezifferte sich auf fast 2,7 Mrd. DM (+ 11 %). Gemessen an den Gesamtinvestitionen im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude) von fast 6,4 Mrd. DM entfielen 1993 auf Einfamilienhäuser ein Baukostenanteil von fast 42 % und auf den Geschößwohnungsbau von 38,5 %.

Die zu erbringenden Bauleistungen im Eigenheimbereich lagen 1993 sowohl hinsichtlich des Rauminhalts (6,7 Mill. m<sup>3</sup>) als auch bei der vorgesehenen Wohnfläche (rund 1,1 Mill. m<sup>2</sup>) um knapp 5 % über der Vorjahresleistung (6,4 Mill. m<sup>3</sup> bzw. rund 1 Mill. m<sup>2</sup>). In den Gebäuden hatten die zukünftigen Eigentümer 47 079 Wohnräume mit 6 und mehr Quadratmetern zur Wohnnutzung vorgesehen, das sind rund 2 500 Räume mehr als 1992 (+ 5,6 %). Je Einfamilienhaus stehen den Bewohnern durchschnittlich 6,1 Wohnräume zur Verfügung, mit einer Wohnfläche von zusammen etwas mehr als 141 Quadratmetern. Die reinen Baukosten je Quadratmeter Wohnfläche verteuerten sich im Mittel auf rund 2 460 DM (1992: 2 340 DM). Die hohe Eigennutzungsquote – 91 % der Bauherren wollen ihr Gebäude zukünftig selbst bewohnen – zeigt, daß der Eigenheimwunsch dem regional knappen Mietwohnungsangebot zugute kommt. Rund 9 % der Wohnungen werden zur Vermietung bereitstehen (679 Wohnungen), die Bauherren der restlichen 6 987 Einfamilienhäuser machen in der Regel – sofern sie bisher nicht bereits in Eigenheimen bzw. Eigentumswohnungen gelebt haben – Bestandsmietwohnungen frei, die nach Bezug des Eigenheimes neu vermietet werden können. Der Eigenheimbau hat daher in mehrfacher Hinsicht einen positiven Einfluß auf die Wohnsituation der Bevölkerung.

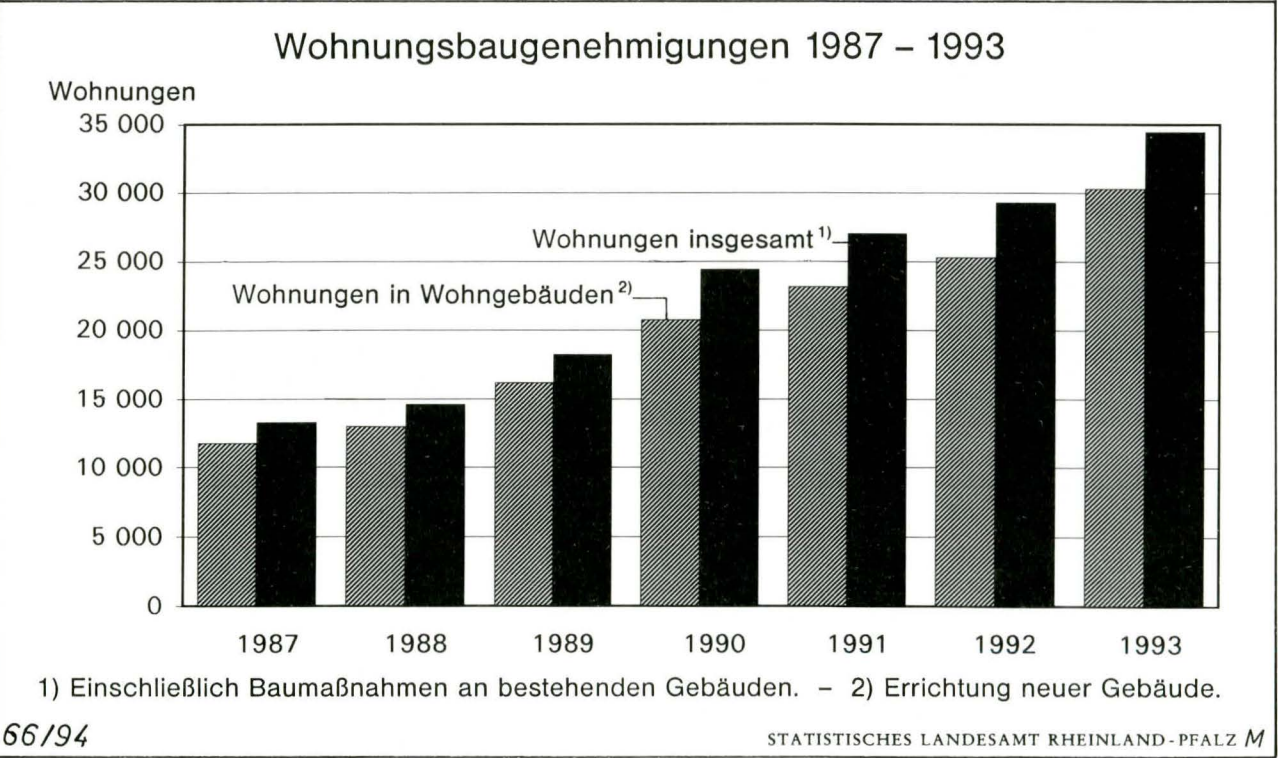
Unter den Bauherren von Einfamilienhäusern stellten die privaten Haushalte mit 7 082 Baufreigaben die

größte Gruppe, Unternehmen ließen sich 570 Gebäude dieser Kategorie genehmigen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Unternehmen zum Genehmigungszeitpunkt zwar Bauherren waren, jedoch häufig nicht künftiger Eigentümer. Oftmals werden die Gebäude unmittelbar mit der Bezugsfertigstellung an private Erwerber veräußert, die sich mit der gesamten Bauabwicklung nicht belasten wollen.

Unter den privaten Bauherren dominierten wie schon in den Jahren zuvor die Gruppe der Beamten und Angestellten (4 323 Gebäude), gefolgt von den Arbeitern (1 187) und den Selbständigen (1 149).

Die meisten Baugenehmigungen für Eigenheime wurden 1993 im Westerwaldkreis erteilt (593). Es folgen die Kreise Mayen-Koblenz (545), Ahrweiler (410), Neuwied (396) und Altenkirchen (376). Auffällig ist, daß es sich dabei ausschließlich um Kreise des nördlichen Rheinland-Pfalz handelt. Offenbar sind in den an die großen Städte angrenzenden Kreisen in der Mitte und im Süden von Rheinland-Pfalz die Baulandreserven nach dem Bauboom der letzten Jahre geschrumpft, was neben der dort vorhandenen Wohnattraktivität (ländliches Wohnen bei gleichzeitiger Arbeitsplatznähe) zu einer weiteren Verteuerung der Baulandpreise geführt hat.

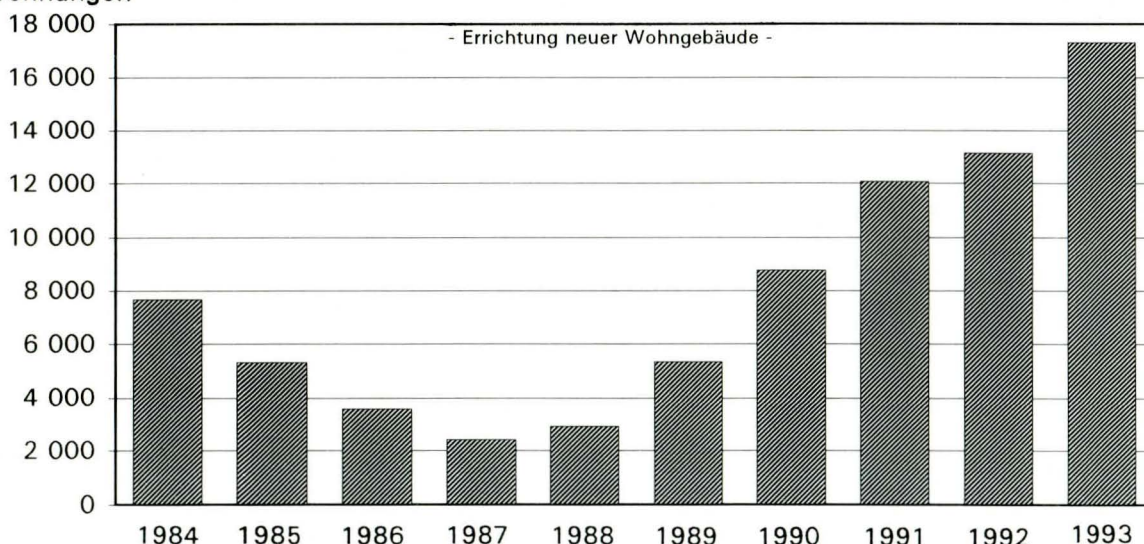
Ein Vergleich der durchschnittlichen Kaufwerte für Bauland (Ergebnisse 1992) zwischen den Städten und den Kreisgebieten zeigt die großen Preisdifferenzen je Quadratmeter baureifen Landes. Für alle kreisfreien Städte errechnete sich ein Mittelwert von 225 DM je Quadratmeter, in den Landkreisen waren es hingegen knapp 81 DM. Eine Sonderstellung nimmt die Landeshauptstadt Mainz ein (588 DM), die weiteren Spitzenwerte wurden für Frankenthal (296 DM), Neustadt (267) und Worms (266) verzeichnet. In den ballungsraumnahen Kreisgebieten Mainz-Bingen (265 DM) und Lud-





## Genehmigte Wohnungen 1984 – 1993 in Mehrfamilienhäusern <sup>1)</sup>

Wohnungen



1) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

67/94

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

wigshafen (270) hatten die Bauherren beim Erwerb baureifen Landes ebensoviel aufzuwenden. Im Norden des Landes, dort wo die meisten Eigenheime geplant sind, waren die Grundstücke vergleichsweise preisgünstig. Im Westerwaldkreis waren je Quadratmeter 53 DM zu zahlen, im Kreis Mayen-Koblenz 95 DM und im Kreis Altenkirchen rund 35 DM.

Die Folgewirkung wird z. B. im Kreis Mainz-Bingen sichtbar. Nach 353 Baufreigaben im Vorjahr war 1993 ein Rückgang auf 268 genehmigte Einfamilienhäuser zu verzeichnen (– 24%). Ebenfalls gegenläufig zur allgemeinen Baukonjunktur war die Entwicklung der Genehmigungen für Eigenheime im ballungsraumnahen Kreis Germersheim. Hier gingen die geplanten Bauvorhaben von 252 Gebäuden im Jahre 1992 auf 177 (– 30%) zurück. Eine entsprechende Entwicklung ist in mehreren kreisfreien Städten erkennbar. Auch dort sollen bzw. können wegen fehlender Baulandreserven teilweise weit weniger Eigenheime errichtet werden. In den Städten Speyer (– 67%), Frankenthal (– 62%), Landau (– 38%) aber auch in Koblenz und Trier (– 27 bzw. – 33%) blieben die erteilten Baugenehmigungen für Eigenheime beachtlich hinter den Ergebnissen von 1992 zurück.

In allen kreisfreien Städten sollten 1993 insgesamt nur 762 (10%) der neuen Einfamilienhäuser errichtet werden, in den Landkreisen waren es neunmal so viele (6 904).

### Aufwärtstrend bei Zweifamilienhäusern

Im Jahre 1993 sahen zunehmend mehr Bauwillige im Bau von Zweifamilienhäusern die geeignete Möglichkeit zur Realisierung ihres Eigenheimwunsches. Es wurden 2 652 Gebäude mit 5 304 Wohneinheiten genehmigt.

Die Zuwachsrate beträgt gut 9 % gegenüber dem Vorjahr.

Je Wohngebäude hatten die künftigen Eigentümer reine Baukosten von 452 000 DM zu finanzieren, 38 000 DM mehr als 1992 (414 000 DM). Der Quadratmeter Wohnfläche war in dieser Gebäudekategorie mit 2 203 DM zu veranschlagen; eine Verteuerung von 7 % gegenüber den 1992 genehmigten Gebäuden (2 059 DM). Insgesamt sollen 1993 1,2 Mrd. DM in den Bau von Zweifamilienhäusern fließen, 19 % mehr als im Vorjahr (1 Mrd. DM).

In die neuen Zweifamilienhäuser haben die Bauherren 544 000 Quadratmeter Wohnfläche eingeplant, das sind je Gebäude 205 Quadratmeter. Ein hinsichtlich der Wohnungsgröße nennenswerter Flächenzuwachs, der die erheblichen Baukostensteigerungen gegenüber 1992 begründen könnte, war nicht erkennbar, denn die 1992 genehmigten Gebäude bzw. Wohnungen waren mit durchschnittlich 201 nur unwesentlich kleiner.

Insgesamt sind in den neuen Gebäuden 24 783 Räume vorgesehen (1992: 22 432), so daß jede Wohnung im Schnitt 4,7 Räume aufweist. In der Realität sind die beiden Wohnungen eines Zweifamilienhauses jedoch meist unterschiedlich groß. Vielfach weist die Eigentümerwohnung deutlich mehr Wohnfläche auf, als die zur Vermietung vorgesehene zweite Wohneinheit. Die erzielbaren Mieteinkünfte aus dieser Wohnung versetzen viele Bauherren angesichts der hohen Baukosten erst in die Lage, ein Wohngebäude zu erstellen. Die steigende Beliebtheit von Zweifamilienhäusern dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Einfamilienhäuser (Durchschnittskosten 1993: 347 000 DM) für viele Bevölkerungsgruppen ohne belastungsreduzierende Mieteinnahmen immer schwerer zu finanzieren sind, denn zu den reinen Baukosten sind noch die Kosten für



Grundstück, Grunderwerb, Erschließung, Anschlüsse für Energieversorgung, Aushub, Kapitalkosten (Disagio, Bereitstellungskosten), Gartenanlage etc. hinzuzurechnen. Dies ist zwar auch beim Zweifamilienhausbau der Fall, individuell kann jedoch die monatliche Belastung auch bei zunächst höherem Gesamtaufwand (Durchschnittskosten für Zweifamilienhäuser 1993: 452 000 DM) durchaus niedriger sein.

Bemerkenswert ist der starke Anstieg des Flächenverbrauchs für Zweifamilienhäuser. Nach 1991 (je Gebäude 755 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche) und 1992 (740 m<sup>2</sup>) stieg der Baulandverbrauch für diese Gebäudeart 1993 im Schnitt auf 824 Quadratmeter an. Derart große Baugrundstücke (Gesamtflächenverbrauch 1993: knapp 2,2 Mill. m<sup>2</sup>) sind in den Gebieten der kreisfreien Städte wegen der vielerorts knappen Baulandreserven seltener vorhanden und nur schwer finanzierbar. Daher wird – wie im Einfamilienhausbau – nur rund jedes zehnte Zweifamilienhaus in diesen Gebieten errichtet.

Entsprechend ist die höchste Anzahl an Baufreigaben des Jahres 1993 im ländlich strukturierten Raum des Westerwaldkreises (190 Gebäude). Es folgen die Kreise Mayen-Koblenz (186) und Mainz-Bingen mit 167 Gebäudefreigaben. Die beiden erstgenannten Landkreise vereinigen weit mehr an Genehmigungen für Zweifamilienhäuser auf sich (376) als alle kreisfreien Städte zusammen (284).

Landkreis Mayen-Koblenz an der Spitze

Im Gebiet des Landkreises Mayen-Koblenz konnte 1993 der Neubau von 2 101 Wohnungen genehmigt

werden. An zweiter Stelle lag der Kreis Mainz-Bingen (1 938), in dem in den letzten Jahren – bezogen auf die Wohnungsanzahl – stets die meisten Wohnungen errichtet werden sollten. In der weiteren Folge platzierten sich der Westerwaldkreis (1 817), der Landkreis Neuwied (1 483), der Kreis Bad Kreuznach (1 397) sowie der Kreis Bad Dürkheim (1 219). Derart hohe Werte wurden in den Gebieten der kreisfreien Städte nicht erreicht. Hier lag die Stadt Mainz mit 1 103 erteilten Wohnungsbaugenehmigungen vorne, es folgten Ludwigshafen (1 085), Trier (887) und Landau (760).

Insgesamt war die Entwicklung der Baugenehmigungstätigkeit 1993 auf Kreisebene betrachtet nicht homogen. Hohe Zuwachsraten errechnen sich gegenüber 1992 bei der geplanten Wohnraumschaffung im Kreis Ahrweiler mit plus 80 % (1 131 Wohnungen), im Donnersbergkreis (+ 79 %), im Kreis Mayen-Koblenz (+ 72 %) sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis (+ 70 %) und im Kreis Kusel (+ 58 %). Negative Veränderungsraten hatten die Städte Mainz (– 11 %) und Koblenz (– 29 %). In Trier wurden 19 % mehr Wohnungen genehmigt. Mehr als verdoppelt hat sich die Wohnungsbautätigkeit in Landau (+ 170 %) und in Kaiserslautern (+ 111 %). In diesen beiden Städten kamen 760 bzw. 638 Wohnungen zur Genehmigung (1992: 282 bzw. 302).

Insgesamt weisen 1993 nur fünf Landkreise einen Rückgang der Wohnungsbautätigkeit auf, Spitzenreiter war hier der Kreis Ludwigshafen (– 13 %). Die übrigen Minusraten fielen geringer aus und schwankten zwischen 3,5 % (Rhein-Lahn-Kreis) und 9 % (Kreis Bitburg-Prüm). Für die Gesamtheit der Landkreise errechnet sich ein Plus an Wohnungsbaugenehmigungen von

Baugenehmigungen und Baufertigstellungen im Wohnbau 1993 nach Gebäudearten, Wohnungen und Bauherren

Bauherr	Errichtung neuer Gebäude					Wohnungen insgesamt <sup>2)</sup>
	Wohngebäude insgesamt	darunter Wohngebäude mit ...			Wohnungen <sup>1)</sup>	
		1 Wohnung	2 Wohnungen	3 und mehr Wohnungen		
Baugenehmigungen						
Öffentliche Bauherren	27	9	5	12	112	129
Wohnungsbauunternehmen	1 536	570	228	731	9 259	9 662
Private Bauherren	11 095	7 082	2 419	1 594	20 704	23 897
Selbständige	2 408	1 149	478	781	7 137	8 126
Beamte und Angestellte	6 274	4 323	1 388	563	9 673	10 921
Arbeiter	1 681	1 187	404	90	2 339	2 918
Rentner und Pensionäre	220	126	51	43	406	562
Sonstige private Haushalte	512	297	98	117	1 149	1 370
Organisationen ohne Erwerbscharakter	15	5	–	6	202	233
Insgesamt	12 673	7 666	2 652	2 343	30 277	33 921
Baufertigstellungen						
Öffentliche Bauherren	18	7	2	5	53	93
Wohnungsbauunternehmen	1 473	765	145	546	7 947	8 124
Private Bauherren	9 443	6 558	1 920	959	15 955	18 568
Selbständige	1 913	1 031	387	491	5 159	5 947
Beamte und Angestellte	5 355	3 955	1 080	319	7 561	8 546
Arbeiter	1 639	1 243	340	56	2 131	2 654
Rentner und Pensionäre	180	117	36	27	286	418
Sonstige private Haushalte	356	212	77	66	818	1 003
Organisationen ohne Erwerbscharakter	11	5	–	4	29	40
Insgesamt	10 945	7 335	2 067	1 514	23 984	26 825

1) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – 2) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.



Verwaltungsbezirk	Insgesamt (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)						Errichtung		
	Ge- bäude/ Bau- maß- nahmen	Nutz- fläche	Wohnungen		Wohn- räume	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke	Gebäude ins- gesamt	darunter mit	
			ins- gesamt	Wohn- fläche				1 Woh- nung	2 Woh- nungen
Anzahl	1 000 m²	Anzahl	1 000 m²	Anzahl	1 000 DM	Anzahl			
Kreisfreie Stadt Koblenz	183	3,9	461	39,5	1 837	90 691	118	46	31
Landkreise									
Ahrweiler	688	6,4	1 202	124,9	5 378	274 806	589	410	110
Altenkirchen (Ww.)	717	21,8	981	107,8	4 884	232 825	542	376	111
Bad Kreuznach	774	18,0	1 534	146,3	6 730	315 517	571	328	139
Bad Kreuznach, St	107	1,3	388	33,0	1 468	70 268	82	32	24
Birkenfeld	305	5,7	525	49,8	2 238	113 118	181	110	42
Idar-Oberstein, St	104	4,5	244	21,0	910	45 575	65	30	15
Cochem-Zell	367	8,6	508	53,8	2 379	124 706	252	183	48
Mayen-Koblenz	1 143	28,1	2 198	222,7	10 082	470 387	951	545	186
Andernach, St	89	2,3	233	21,1	985	45 117	69	43	9
Mayen, St	66	2,3	173	15,9	686	32 952	52	23	7
Neuwied	843	26,3	1 592	155,5	7 468	323 112	660	396	135
Neuwied, St	304	6,4	793	67,4	3 192	138 553	215	92	49
Rhein-Hunsrück-Kreis	556	13,1	870	93,6	4 236	202 960	414	271	80
Rhein-Lahn-Kreis	651	17,4	1 103	112,1	5 151	237 211	429	261	95
Lahnstein, St	45	2,0	75	7,37	360	18 648	35	24	4
Westerwaldkreis	1 193	51,3	1 989	207,2	9 497	449 358	939	593	190
RB Koblenz	7 420	200,7	12 963	1 313,2	59 880	2 834 691	5 646	3 519	1 167
Kreisfreie Stadt Trier	240	0,9	987	63,0	3 311	139 741	170	80	33
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	643	– 7,0	978	100,1	4 616	213 464	470	325	87
Bitburg-Prüm	400	3,0	472	57,1	2 564	132 542	287	220	50
Daun	418	8,1	583	60,0	2 839	128 927	267	171	61
Trier-Saarburg	561	10,0	957	97,7	4 652	207 273	443	281	102
RB Trier	2 262	15,0	3 977	377,9	17 982	821 947	1 637	1 077	333
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	97	4,1	397	32,1	1 518	71 352	54	20	10
Kaiserslautern	172	8,3	667	37,8	1 605	94 252	112	63	22
Landau i. d. Pfalz	184	5,7	837	49,0	2 333	116 057	130	57	39
Ludwigshafen a. Rhein	344	5,9	1 188	79,4	3 802	202 885	204	97	11
Mainz	359	19,3	1 205	90,2	4 357	233 684	227	82	59
Neustadt a. d. Weinstr.	224	7,9	402	41,4	1 857	101 341	138	85	31
Pirmasens	72	0,2	132	13,4	620	27 684	48	30	5
Speyer	118	11,1	455	33,5	1 725	86 721	67	38	7
Worms	210	8,4	697	55,3	2 580	118 803	191	120	31
Zweibrücken	90	2,2	105	11,8	516	28 966	58	44	5
Landkreise									
Alzey-Worms	723	16,1	1 278	125,2	5 761	286 595	498	278	114
Bad Dürkheim	762	26,6	1 365	139,2	6 329	331 567	515	312	108
Donnersbergkreis	431	– 1,2	758	75,7	3 386	174 731	284	172	61
Germersheim	527	14,0	1 040	90,9	4 126	215 620	318	177	66
Kaiserslautern	625	6,7	883	101,9	4 403	220 225	445	278	124
Kusel	362	7,9	564	56,2	2 503	130 182	213	149	39
Südliche Weinstraße	552	28,1	907	98,6	4 431	255 383	455	310	95
Ludwigshafen	706	7,8	1 332	131,4	5 791	307 789	464	259	101
Mainz-Bingen	912	22,3	2 165	188,4	8 901	424 153	640	268	167
Bingen am Rhein, St	90	2,3	225	18,0	807	41 251	52	21	13
Ingelheim am Rhein, St	144	9,0	549	43,5	2 150	98 631	107	28	22
Pirmasens	521	9,5	604	75,7	3 330	167 443	329	231	57
RB Rheinhessen-Pfalz	7 991	210,8	16 981	1 527,2	69 874	3 595 433	5 390	3 070	1 152
Kammerbezirke									
Rheinhessen	2 204	66,1	5 345	459,1	21 599	1 063 235	1 556	748	371
Pfalz	5 787	144,7	11 636	1 068,1	48 275	2 532 198	3 834	2 322	781
Rheinland-Pfalz	17 673	426,5	33 921	3 218,3	147 736	7 252 071	12 673	7 666	2 652
Grenzregion Trier/Westpfalz <sup>1)</sup>	4 840	54,3	8 215	800,4	36 583	1 778 548	3 307	2 154	688
Kreisfreie Städte	2 293	77,9	7 533	546,6	26 061	1 312 177	1 517	762	284
Landkreise	15 380	248,6	26 388	2 671,8	121 675	5 939 894	11 156	6 904	2 368

1) Des Grenzraumes Saarland - Lothringen - Luxemburg - Trier / Westpfalz.



1993 nach Verwaltungsbezirken

neuer Gebäude										Verwaltungsbezirk
Raum- inhalt	Grund- stücks-	Grund-	Geschoß-	Nutz-	Wohnungen		Eigen- ge- nutzte Woh- nungen	Wohn- räume	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke	
	fläche				ins- gesamt	Wohn- fläche				
1 000 m³	1 000 m²				Anzahl	1 000 m²	Anzahl	1 000 DM		
183	74,1	18,1	42,3	5,2	412	34,3	84	1 592	74 431	Kreisfreie Stadt Koblenz
643	432,9	76,5	145,4	9,3	1 131	116,6	552	5 051	261 062	Landkreise
542	470,3	79,4	129,6	23,9	870	93,8	490	4 280	208 064	Ahrweiler
705	527,9	91,2	165,9	22,8	1 397	129,4	437	6 045	282 587	Altenkirchen (Ww.)
168	128,6	17,3	38,3	2,2	369	30,5	47	1 380	65 490	Bad Kreuznach
238	187,0	29,3	56,9	8,7	452	41,0	158	1 874	95 478	Bad Kreuznach, St
98	74,0	11,5	25,9	4,8	227	18,6	49	810	40 523	Birkenfeld
263	217,2	34,2	63,5	10,7	387	43,0	230	1 888	100 140	Idar-Oberstein, St
1 137	716,9	140,2	277,0	28,7	2 101	210,2	755	9 550	443 011	Cochem-Zell
106	56,1	11,8	24,9	2,6	226	19,9	54	942	42 357	Mayen-Koblenz
81	47,9	8,7	19,2	2,3	168	15,3	32	659	31 845	Andernach, St
777	554,4	99,2	186,3	29,9	1 583	142,2	542	6 875	300 166	Mayen, St
333	180,4	36,1	76,8	8,1	737	61,5	123	2 935	128 090	Neuwied
472	393,7	63,5	108,2	17,7	756	80,7	379	3 664	180 963	Neuwied, St
522	377,2	68,0	124,0	23,6	916	91,5	389	4 243	199 480	Rhein-Hunsrück-Kreis
40	28,8	4,8	9,3	2,0	67	7,0	28	334	16 966	Rhein-Lahn-Kreis
1 067	830,1	146,2	246,5	54,6	1 817	186,8	828	8 636	412 909	Lahnstein, St
										Westerwaldkreis
6 547	4 781,9	845,8	1 545,5	235,2	11 722	1 169,4	4 844	53 698	2 558 291	RB Koblenz
287	167,3	33,5	71,7	11,4	887	56,2	141	2 593	114 902	Kreisfreie Stadt Trier
500	412,4	63,2	111,0	2,1	802	82,8	381	3 865	184 645	Landkreise
299	311,4	44,6	66,6	7,7	384	47,1	274	2 121	112 698	Bernkastel-Wittlich
287	255,4	41,2	65,6	11,0	467	48,6	227	2 306	107 511	Bitburg-Prüm
503	435,2	68,8	118,2	14,3	844	87,4	411	4 178	188 666	Daun
										Trier-Saarburg
1 875	1 581,8	251,2	433,1	46,5	3 384	322,0	1 434	15 063	708 422	RB Trier
148	56,9	12,7	35,6	4,9	369	28,8	31	1 359	63 346	Kreisfreie Städte
179	109,2	19,7	42,8	8,7	638	33,6	81	1 524	79 326	Frankenthal (Pfalz)
251	125,0	23,4	58,6	7,2	760	45,4	103	2 146	100 610	Kaiserslautern
371	135,0	33,7	91,6	5,8	1 085	69,6	89	3 382	176 003	Landau i. d. Pfalz
464	215,1	48,1	110,8	20,2	1 106	80,8	76	3 986	202 963	Ludwigshafen a. Rhein
191	131,5	25,3	46,8	10,9	321	33,1	119	1 543	81 132	Mainz
55	41,8	7,9	13,4	2,2	99	10,1	38	450	22 664	Neustadt a. d. Weinstr.
200	90,0	21,2	47,1	11,4	434	30,5	41	1 582	81 192	Pirmasens
293	127,4	32,9	66,3	9,41	668	52,8	121	2 458	115 202	Speyer
62	60,2	8,8	13,7	2,3	95	9,9	46	447	23 942	Worms
										Zweibrücken
597	455,8	87,3	131,1	19,2	1 126	107,2	360	4 980	246 464	Landkreise
695	377,1	81,3	150,7	30,0	1 219	120,4	498	5 545	290 323	Alzey-Worms
360	269,0	44,1	79,9	3,6	543	63,0	251	2 833	146 979	Bad Dürkheim
453	244,0	52,5	98,5	14,9	914	76,5	388	3 553	182 573	Donnersbergkreis
477	353,5	65,1	108,9	10,9	748	85,2	372	3 725	188 050	Germersheim
268	208,7	34,9	61,5	9,7	479	45,4	197	2 022	107 114	Kaiserslautern
531	380,0	71,3	133,9	29,5	827	90,5	393	4 078	232 393	Kusel
656	345,5	70,6	138,8	10,5	1 192	114,9	349	5 133	272 795	Südliche Weinstraße
873	476,9	103,3	197,6	26,5	1 938	165,8	460	7 937	375 658	Ludwigshafen
76	49,8	10,7	18,7	3,3	166	14,3	30	637	33 232	Mainz-Bingen
205	81,1	22,1	46,4	9,0	510	39,5	61	1 964	89 406	Bingen am Rhein, St
361	295,6	50,4	83,4	12,8	507	60,8	301	2 738	140 180	Ingelheim am Rhein, St
										Pirmasens
7 485	4 499,2	894,9	1 710,9	250,4	15 171	1 324,5	4 314	61 421	3 128 909	RB Rheinhessen-Pfalz
2 226	1 275,2	271,7	505,8	75,3	4 835	406,7	1 017	19 361	940 287	Kammerbezirke
5 259	3 224,0	623,2	1 205,2	175,1	10 336	917,8	3 297	42 060	2 188 622	Rheinhessen
										Pfalz
15 907	10 862,8	1 991,9	3 689,5	532,0	30 277	2 815,9	10 592	130 182	6 395 622	Rheinland-Pfalz
3 875	3 107,3	511,7	893,6	105,3	7 051	671,1	2 878	30 676	1 512 155	Grenzregion
2 684	1 333,6	285,3	640,8	99,4	6 871	485,2	970	23 062	1 135 713	Trier/Westpfalz <sup>1)</sup>
13 223	9 529,3	1 706,5	3 048,8	432,7	23 406	2 330,6	9 622	107 120	5 259 909	Kreisfreie Städte
										Landkreise



über 24 % (23 406 Wohnungen), für alle kreisfreien Städte von 6,6 % (6 871 Wohnungen).

Je 1 000 Einwohner sollen im ländlichen Raum 8,1 Wohnungen errichtet werden, in den Städten 6,8. Für Rheinland-Pfalz insgesamt sind es 7,8 geplante Neubauwohnungen je 1 000 Einwohner (1992: 6,5 Wohnungen).

Fertighausnachfrage leicht rückläufig

Die Anbieter von vorgefertigten Wohngebäuden hatten 1993 geringfügige Nachfragerückgänge hinzunehmen. Das Jahresergebnis an genehmigten Fertigteilwohnbauten (1 095 Gebäude) lag um gut 2 % unter dem des Vorjahres (1 121). Bezogen auf die Zahl der Wohneinheiten (1 324 Wohnungen) sollten 5,6 % weniger vorgefertigte Wohnungen erstellt werden als im Vorjahr (1 403). In der Domäne der Fertighausfabrikanten, dem Eigenheimbau von Gebäuden mit einer bzw. zwei Wohnungen, waren sie 1993 mit einem Genehmigungsanteil von 10,5 % fast so stark vertreten wie im Vorjahr (gut 11 %). Beim Einfamilienhausbau (899 Gebäude) behaupteten die Hersteller ihren Marktanteil von fast 12 %, während Zweifamilienhäuser (180 Gebäude) nicht in der gleichen Höhe – knapp 7 % gegenüber 9 % im Vorjahr – nachgefragt wurden.

Bezogen auf die Anzahl der neu genehmigten Wohnungen im gesamten Wohnungsbau erreichten die Hersteller einen Marktanteil von nur noch 4,4 % (1992: 5,5 %). Dieser erneute Rückgang liegt in dem überproportional starken Anstieg der Baugenehmigungen für Geschoßwohnungen begründet, denn in diesem Bausektor sind die Anbieter von vorproduziertem Wohnraum kaum tätig. So ließen sich Bauwillige 1993 nur 65 Geschoßwohnungen genehmigen, die unter Einsatz von vorproduzierten Bauteilen entstehen sollen.

Der Finanzbedarf der Bauherren für die 1 095 neuen Fertigwohngebäude bezifferte sich auf 359 Mill. DM. Die Investitionen lagen um 3 % über dem Vorjahreswert (311 Mill. DM). Je Fertigteilgebäude mußten 327 000 DM reine Baukosten veranschlagt werden, gut 5 % mehr als 1992 (311 000 DM).

Fertigteilkonstruktionen werden vorwiegend im ländlichen Raum errichtet. Von 1 095 Gebäudestandorten lagen 1 029 in den Gebieten der Landkreise (94 %) und nur 66 in den kreisfreien Städten. Die meisten Gebäude werden im Westerwaldkreis (91) und im Kreis Alzey-Worms (65) entstehen.

Fossile Brennstoffe und Zentralheizung bevorzugt

Die Beheizung der 1993 genehmigten 12 673 Wohngebäude wird vorwiegend mit fossilen Brennstoffen erfolgen. In 7 781 Gebäuden wird der Energieträger Gas, in 4 655 wird Heizöl zum Einsatz kommen. Den Energieträger Strom (138 Gebäude) und Kohle bzw. Koks (37 Gebäude) bevorzugten nur wenige Bauherren. Sonstige Heizenergien (21 Gebäude) und Wärmepumpen (15 Gebäude) werden nur in geringem Umfang eingesetzt. Solarenergie wird zumindest nicht als Hauptenergielieferant genutzt. Offensichtlich ist der Heizenergiebedarf mit dieser alternativen Technologie noch nicht zu mehr als 50 % zu decken und kann derzeit nur ergänzend für die Beheizung von Wohngebäuden eingesetzt werden. Da im Erhebungsbogen für die Baugenehmigung nur nach der vorwiegend verwendeten Heizenergie gefragt wird, lassen sich keine Aussagen darüber treffen, wie viele Bauherren Solarenergie als zusätzlichen Energielieferanten in ihre neuen Wohngebäude eingeplant haben. Hinsichtlich der Heizungsart wird der Zentralheizung Vorrang eingeräumt. In 11 867 Gebäuden (94 %) war diese Art der Beheizung vorgesehen.

Fast 27 000 Wohnungen fertiggestellt

Die seit 1987 ständig steigende Zahl der Baufreigaben hat 1993 zu einer gegenüber 1992 noch höheren Anzahl von Baufertigstellungen geführt. Einschließlich der Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen an bereits bestehenden Wohngebäuden wurden 26 825 Wohnungen bezugsreif. Die Fertigstellungsmeldungen übertrafen das Vorjahresergebnis (20 835) um fast 29 %. In 10 945 neu errichteten Wohngebäuden können insgesamt 23 984 Wohneinheiten bezogen werden, ein

Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau 1984 bis 1993

Jahr	Wohnungen insgesamt <sup>1)</sup>	Davon					
		Baumaß- nahmen an bestehenden Gebäuden	Wohnungen in neu zu errichtenden				
			Nicht- wohn- gebäuden	Wohn- gebäuden	davon in		
					Einfamilien- häusern	Zweifamilien- häusern	Mehrfamilien- häusern <sup>2)</sup>
1984	25 541	1 460	682	23 399	7 219	6 454	9 726
1985	21 458	1 554	296	19 608	6 995	5 530	7 083
1986	16 543	1 352	348	14 843	6 170	4 548	4 125
1987	14 846	1 330	205	13 311	6 080	3 560	3 671
1988	14 164	1 309	290	12 565	6 728	2 654	3 183
1989	16 155	1 408	250	14 497	8 144	2 954	3 399
1990	17 282	1 696	336	15 250	7 062	2 870	5 318
1991	20 657	2 604	281	17 772	7 043	3 222	7 507
1992	21 340	2 602	389	18 349	6 820	3 146	8 383
1993	27 310	2 924	402	23 984	7 335	4 134	12 515

1) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. – 2) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.



Plus von 14,5 % bei den Gebäuden (1992: 9 563) bzw. fast 31 % bei den Wohnungen (18 349).

Die Differenzierung der einzelnen Gebäudearten ergab Fertigstellungen von 7 335 Einfamilienhäusern (+ 7,6 %), 2 067 Zweifamilienhäusern (+ 31,4 %), und 1 514 Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen (+ 32 %). Im Jahre 1992 waren für die entsprechenden Gebäudekategorien 6 820, 1 573 bzw. 1 146 wohnfertige Gebäude registriert worden. Zusätzlich wurden 29 Wohnheime mit 1 375 Wohnungen ihrem zukünftigen Verwendungszweck übergeben. Die Anzahl der in den Geschößwohnungsbauten mit drei und mehr Einheiten fertiggestellten Wohnungen beziffert sich 1993 auf 11 140 (Vorjahr: 7 773), ein Plus von 43 %. Die neuen Wohnheimwohnungen, deren Fertigstellungen sich gegenüber 1992 mehr als verdoppelt haben, sind dabei nicht eingerechnet. Die Differenz zwischen Neubauwohnungen und den fertiggestellten Wohnungen insgesamt (2 841) ergab, daß rund jede zehnte Wohnung durch eine Baumaßnahme an einem bestehenden Gebäude entstanden ist. Je 1 000 Einwohner (Bevölkerungsstand 30. 6. 1993) wurden sieben Wohnungen bezugsreif, der entsprechende Vorjahreswert war mit 5,4 Wohnungen niedriger gewesen.

In den neuen Wohngebäuden ist eine Wohnfläche von rund 2,3 Mill. Quadratmetern für Wohnzwecke vorgesehen, was einer durchschnittlichen Wohnungsgröße (ohne Nutzflächen) von 95 Quadratmetern entspricht. Eigenheime weisen im Schnitt mit 138 Quadratmetern deutlich mehr an Wohnfläche auf. In Zweifamilienhäusern betrug der Mittelwert 100 und in Mehrfamilienhäusern knapp 73 Quadratmeter je Wohnung. Den Bewohnern der kleineren aber auch preiswerteren Wohnheimwohnungen steht vergleichsweise wenig Wohnraum (25 m<sup>2</sup>) zur Verfügung.

Für die im Jahre 1993 bezugsreif gewordenen Wohnungen insgesamt hatten die Bauherren zum Genehmigungszeitpunkt Kosten von mehr als 4,8 Mrd. DM veranschlagt, davon für Eigenheime rund 2,3 Mrd. DM, für Zweifamilienhäuser 848 Mill. DM und für Mietwohnungen über 1,5 Mrd. DM. Bezogen auf eine fertiggestellte Wohneinheit beziffert sich der in Ansatz gebrachte Finanzbedarf auf 315 000 DM je Einfamilienhauswohnung. Eine Zweifamilienhauswohnung kostete 205 000 DM und eine Mietwohnung in Mehrfamilienhäusern 138 000 DM.

Die Neubauleistung der Bauunternehmen lag für fertiggestellte Gebäude bei rund 2,3 Mill. Quadratmetern Wohnfläche, die sich auf rund 105 000 Wohnräume verteilen. Der Rauminhalt der seit 1993 nutzbaren Gebäude beziffert sich auf knapp über 13 Mill. Kubikmeter. Der Baulandverbrauch für die bezugsreifen Wohngebäude hatte eine Größenordnung von 8,4 Mill. Quadratmetern.

Die meisten Wohnungen können im Landkreis Mainz-Bingen bezogen werden (1 619). In der weiteren Reihenfolge rangierten die Fertigstellungen im Westerwaldkreis (1 535), sowie in den Landkreisen Ludwigshafen (1 232), Bad Kreuznach (1 184) und Germersheim (1 181).

Unter den kreisfreien Städten bezifferte sich der Rohzugang (ohne Bauabgänge) in Ludwigshafen auf 1 168

#### Fertiggestellte Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden 1984 bis 1993

Jahr	Ins- gesamt	Ein- familien- häuser	Zwei- familien- häuser	Mehr- familien- häuser <sup>1)</sup>
	Anzahl	%		
1984	23 399	30,9	27,6	41,5
1985	19 608	35,7	28,2	36,1
1986	14 843	41,6	30,6	27,8
1987	13 311	45,7	26,7	27,6
1988	12 565	53,5	21,1	25,3
1989	14 497	56,2	20,4	23,4
1990	15 250	46,3	18,8	34,9
1991	17 772	39,6	18,1	42,2
1992	18 349	37,2	17,1	45,7
1993	23 984	30,6	17,2	52,2

1) Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

Einheiten, Kaiserslautern (793), Worms (680), Mainz und Landau (je 649) sowie Speyer (631). Das hohe Fertigstellungsergebnis für die Stadt Kaiserslautern ergab sich durch den Bau von 573 Kleinwohnungen mit einem Raum (Wohnheimwohnungen für Studenten). Ebenfalls hoch war die Zahl der bezugsreifen Kleinwohnungen in Landau (310).

#### Aufwärtsentwicklung im Wohnungsbau durch günstige Rahmenbedingungen

Die im Jahre 1993 in einigen Wirtschaftsbereichen spürbaren Nachfragerückgänge nach Gütern und Dienstleistungen waren im Wohnungsbau nicht zu verzeichnen. Im Gegenteil: Alle wichtigen Bauindikatoren (geplante Neubauvorhaben und Baumaßnahmen, Bauleistung, Investitionsvolumen) wiesen im Jahre 1993 kräftige, zum Teil zweistellige Zuwachsraten auf. Das antizyklische Verhalten der Wohnungsbaunachfrage ist teilweise Ergebnis der günstigen wohnungsbaupolitischen Rahmenbedingungen. Dazu zählen insbesondere die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten für selbstgenutzten Wohnraum nach § 10 e EStG, die Einführung des auf drei Jahre befristeten Schuldzinsabzuges für eigengenutzte Wohnungen, die Mobilisierung vorhandener Wohnraumreserven durch die Ausdehnung des § 10 e EStG auf Aus- und Umbaumaßnahmen in bestehenden Eigenheimen zur Schaffung zusätzlichen Wohnraumes.

Neben der Eigenheimförderung wurde parallel der Bau von Mietwohnungen stärker gefördert (Erhöhung des Verpflichtungsrahmens im sozialen Wohnungsbau, Sonderprogramm für Regionen mit erhöhtem Wohnbedarf, Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau für Aus- und Umbaumaßnahmen im vorhandenen Wohnungsbestand). Diese Maßnahmen trugen dazu bei, zusätzliche Investitionen im Wohnungsbau zu ermöglichen.

Die Wohnungsbautätigkeit wird jedoch nicht ausschließlich durch eine wohnungsbaufreundliche Gesetzgebung oder durch die Rentabilität des eingesetzten Kapitals beeinflusst. Der Wunsch vieler Bauherren nach Unabhängigkeit vom Mietwohnungsmarkt, die Altersvorsorge, die Zukunftssicherung von Kindern und Angehörigen spielen insbesondere beim Bau von



Verwaltungsbezirk	Insgesamt (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)						Errichtung		
	Ge- bäude/ Bau- maß- nahmen	Nutz- fläche	Wohnungen		Wohn- räume	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke	Gebäude ins- gesamt	darunter mit	
			ins- gesamt	Wohn- fläche				1 Woh- nung	2 Woh- nungen
Anzahl	1 000 m²	Anzahl	1 000 m²	Anzahl	1 000 DM	Anzahl			
Kreisfreie Stadt Koblenz	282	8,8	567	53,5	2 466	107 724	172	84	36
Landkreise									
Ahrweiler	506	5,1	808	85,4	3 939	191 616	431	318	68
Altenkirchen (Ww.)	647	15,0	911	95,4	4 497	187 468	476	331	92
Bad Kreuznach	64 3	11,0	1 278	118,1	5288	252 639	485	305	117
Bad Kreuznach, St	138	-0,2	564	39,8	1 725	80 031	103	51	25
Birkenfeld	295	5,0	408	40,9	1 790	88 703	177	124	30
Idar-Oberstein, St	101	4,4	205	17,8	736	37 510	64	33	14
Cochem-Zell	298	7,4	330	37,3	1 709	86 715	198	150	31
Mayen-Koblenz	663	16,2	1 109	117,6	5 276	239 175	536	347	103
Andernach, St	87	2,5	177	17,9	868	34 870	67	45	8
Mayen, St	70	1,3	135	13,3	588	25 826	48	25	9
Neuwied	623	16,4	1 011	103,5	4 944	207 064	501	359	85
Neuwied, St	242	2,9	511	46,7	2 262	90 914	170	110	25
Rhein-Hunsrück-Kreis	436	9,6	598	65,8	3 045	133 407	326	226	66
Rhein-Lahn-Kreis	607	9,9	942	98,7	4 540	202 371	420	284	74
Lahnstein, St	48	0,6	91	9,8	442	19 257	36	20	4
Westerwaldkreis	1 116	44,2	1 706	185,9	8 475	383 880	889	614	170
RB Koblenz	6 116	148,6	9 668	1 002,2	45 936	2 080 762	4 611	3 142	872
Kreisfreie Stadt Trier	196	6,2	455	35,2	1 723	73 821	140	93	18
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	541	1,2	770	78,1	3 713	167 006	394	300	52
Bitburg-Prüm	381	4,2	498	54,9	2 512	124 462	272	194	54
Daun	324	7,8	467	46,4	2 051	98 343	195	139	38
Trier-Saarburg	402	6,6	604	63,3	3 045	127 864	324	236	57
RB Trier	1 844	26,0	2 794	278,2	13 044	591 496	1 325	962	219
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	125	2,2	272	24,4	1 102	46 607	91	65	16
Kaiserslautern	144	4,6	785	35,0	1 543	77 549	98	48	24
Landau i. d. Pfalz	143	2,7	668	35,5	1 658	71 465	97	61	12
Ludwigshafen a. Rhein	419	-1,0	1 233	94,8	4 565	204 6303	326	209	17
Mainz	282	11,4	677	60,2	2 753	134 704	176	64	58
Neustadt a. d. Weinstr.	193	5,1	276	29,6	1 322	63 910	124	86	25
Pirmasens	52	1,8	58	7,3	300	17 584	30	24	4
Speyer	168	7,2	651	49,5	2 334	101 076	127	96	6
Worms	171	7,8	688	50,4	2 427	98 540	153	100	15
Zweibrücken	62	0,6	97	9,2	417	19 572	41	26	7
Landkreise									
Alzey-Worms	554	-1,6	743	79,6	3 489	168 055	374	260	84
Bad Dürkheim	432	14,0	861	85,9	3 908	187 296	300	215	47
Donnersbergkreis	353	-1,3	535	54,5	2 444	111 599	208	135	44
Germersheim	668	16,3	1 325	121,1	5 557	419 260	431	288	78
Kaiserslautern	591	6,5	736	86,9	3 694	171 240	363	224	112
Kusel	379	6,1	387	45,8	2 046	95 073	190	136	42
Südliche Weinstraße	448	17,5	692	77,7	3 500	175 127	392	289	71
Ludwigshafen	767	7,7	1 346	136,0	6 014	305 211	535	347	100
Mainz-Bingen	905	13,4	1 812	168,7	7 997	344 800	674	353	163
Bingen am Rhein, St	123	4,9	256	22,0	1 093	43 763	80	46	11
Ingelheim am Rhein, St	105	4,5	285	25,0	1 120	54 694	82	42	22
Pirmasens	470	12,5	521	60,5	2 761	129 422	279	205	51
RB Rheinhessen-Pfalz	7 326	133,4	14 363	1 312,4	59 831	2 942 693	5 009	3 231	976
Kammerbezirke									
Rheinhessen	1 912	31,0	3 920	358,9	16 666	746 099	1 377	777	320
Pfalz	5 414	102,4	10 443	953,5	43 165	2 196 594	3 632	2 454	656
Rheinland-Pfalz	15 286	308,0	26 825	2 592,8	118 811	5 614 951	10 945	7 335	2 067
Grenzregion Trier/Westpfalz¹)	4 190	61,7	6 321	618,2	28 039	1 302 238	2 711	1 884	533
Kreisfreie Städte	2 237	57,2	6 427	484,6	22 410	1 017 155	1 575	956	238
Landkreise	13 049	250,7	20 398	2 108,3	96 201	4 597 796	9 370	6 379	1 829

1) Des Grenzraumes Saarland - Lothringen - Luxemburg - Trier / Westpfalz.



nach Verwaltungsbezirken

neuer Gebäude										Verwaltungsbezirk
Raum- inhalt	Grund- stücks-	Grund-	Geschoß-	Nutz-	Wohnungen		Eigen- ge- nutzte Woh- nungen	Wohn- räume	Veran- schlagte Kosten der Bauwerke	
	fläche				ins- gesamt	Wohn- fläche				
1 000 m³	1 000 m²				Anzahl	1 000 m²	Anzahl		1 000 DM	
255	113,9	24,4	58,8	9,9	506	46,5	131	2 204	89 463	Kreisfreie Stadt Koblenz
473	309,5	55,9	105,5	7,7	733	78,0	374	3 616	178 022	Landkreise
465	413,9	65,1	108,8	18,7	784	82,8	413	3 885	167 318	Ahrweiler
620	390,3	72,6	137,6	15,2	1 184	106,4	4,4	4 830	228 326	Altenkirchen (Ww.)
200	90,3	18,8	44,4	1,1	537	37,2	83	1 638	72 908	Bad Kreuznach
201	168,8	26,7	45,6	7,3	334	32,4	150	1 437	73 371	Bad Kreuznach, St
88	61,6	10,5	21,7	4,6	187	15,6	45	655	33 446	Birkenfeld
201	170,6	26,1	48,8	8,6	269	31,0	175	1 438	72 988	Idar-Oberstein, St
612	386,0	74,3	146,7	16,5	1 052	110,4	454	4 976	224 202	Cochem-Zell
90	39,5	9,0	19,5	2,5	167	16,7	53	820	32 842	Mayen-Koblenz
70	38,3	7,1	15,6	1,7	125	11,9	39	524	24 045	Andernach, St
539	387,1	69,5	124,5	18,3	931	95,5	447	4 567	192 770	Mayen, St
232	126,8	27,3	52,5	4,0	464	42,2	126	2 060	83 004	Neuwied
344	284,3	45,2	76,1	12,2	515	55,4	309	2 627	116 429	Neuwied, St
470	320,8	59,5	110,1	16,3	786	82,2	394	3 775	172 949	Rhein-Hunsrück-Kreis
45	24,2	4,9	10,3	1,2	83	8,7	26	403	17 345	Rhein-Lahn-Kreis
975	750,4	131,2	219,8	48,9	1 535	165,3	827	7 575	350 867	Lahnstein, St Westerwaldkreis
5 155	3 694,6	650,3	1 182,2	179,5	8 629	886,0	4 078	40 930	1 866 705	RB Koblenz
164	80,6	19,3	39,2	6,6	404	31,1	107	1 560	60 772	Kreisfreie Stadt Trier
416	352,6	52,4	95,6	5,9	658	66,6	345	3 165	147 515	Landkreise
295	304,1	40,3	67,0	8,3	413	46,1	256	2 131	108 424	Bernkastel-Wittlich
229	183,1	29,8	51,2	9,9	388	37,6	178	1 668	81 882	Bitburg-Prüm
338	270,2	44,6	76,5	9,8	531	56,7	301	2 704	115 215	Dau Trier-Saarburg
1 443	1 190,9	186,3	329,5	40,5	2 394	238,1	1 187	11 228	513 808	RB Trier
121	59,2	12,2	28,6	3,8	244	22,0	78	1 016	42 367	Kreisfreie Städte
172	91,9	17,9	42,1	5,0	793	31,9	60	1 479	67 064	Frankenthal (Pfalz)
176	82,5	15,7	43,4	2,8	649	33,4	78	1 574	66 118	Kaiserslautern
479	120,5	42,0	116,3	3,5	1 168	88,5	141	4 229	183 096	Landau i. d. Pfalz
304	123,8	32,7	67,8	11,8	649	54,5	92	2 531	119 402	Ludwigshafen a. Rhein
148	67,8	15,8	32,8	5,9	243	25,9	99	1 166	53 827	Mainz
36	26,1	4,7	8,8	2,3	40	5,6	29	225	14 111	Neustadt a. d. Weinstr.
253	87,4	19,5	58,9	7,2	631	47,3	154	2 236	95 124	Pirmasens
258	130,1	27,4	60,2	8,0	680	49,3	94	2 382	96 068	Speyer
47	37,6	5,1	9,3	1,0	87	7,7	28	361	16 515	Worms Zweibrücken
376	263	48,3	89,6	4,2	606	65,0	288	2 912	141 554	Landkreise
413	210,4	47,1	96,4	17,4	770	74,8	361	3 425	160 712	Alzey-Worms
246	166,1	30,3	56,5	4,8	418	42,2	184	1 909	89 897	Bad Dürkheim
622	312,5	66,4	137,0	17,2	1 181	104,6	322	4 869	223 843	Donnersbergkreis
388	286,2	51,7	89,0	10,4	591	68,5	315	2 987	138 680	Germersheim
195	177,6	26,8	41,7	7,2	283	31,9	193	1 450	69 463	Kaiserslautern
438	285,7	55,2	106,0	18,7	657	73,7	339	3 330	167 209	Kusel
709	323,1	76,6	150,4	8,0	1 232	121,2	423	5 439	272 146	Südliche Weinstraße
810	422,5	94,8	180,9	19,0	1 619	148,9	501	7 108	310 096	Ludwigshafen
106	50,0	12,3	23,1	4,9	230	19,1	62	963	39 077	Mainz-Bingen
127	52,1	12,9	28,0	6,3	269	23,1	47	1 039	50 490	Bingen am Rhein, St
293	224,3	39,9	67,3	12,5	420	48,2	264	2 200	103 633	Ingelheim am Rhein, St Pirmasens
6 482	3 498,4	730,2	1 483,3	170,5	12 961	1 144,9	4 043	52 836	2 430 925	RB Rheinhessen-Pfalz
1 748	939,6	203,2	398,4	42,9	3 554	317,7	975	14 933	667 120	Kammerbezirke
4 734	2 558,8	527,1	1 084,9	127,6	9 407	827,3	3 068	37 903	1 763 805	Rheinhessen Pfalz
13 080	8 383,9	1 566,9	2 995,0	390,5	23 984	2 269,1	9 308	104 994	4 811 438	Rheinland-Pfalz
3 020	2 369,4	389,4	690,1	90,8	5 360	506,4	2 410	23 284	1 086 542	Grenzregion Trier/Westpfalz <sup>1)</sup>
2 412	1 021,5	236,8	566,5	67,7	6 094	443,6	1 091	20 963	903 927	Kreisfreie Städte
10 668	7 362,4	1 330,1	2 428,5	322,8	17 890	1 825,4	8 217	84 031	3 907 511	Landkreise



Veranschlagte reine Baukosten für Wohngebäude 1992 und 1993 nach Gebäudearten

Gebäudeart	1992			1993		
	Einschließlich Baumaßnahmen	Neubau	Baukosten je Neubauwohnung	Einschließlich Baumaßnahmen	Neubau	Baukosten je Neubauwohnung
	1 000 DM					
Baugenehmigungen						
Einfamilienhäuser	2 674 396	2 393 821	328,8	2 983 691	2 663 683	347,5
Zweifamilienhäuser	1 407 004	1 006 217	207,0	1 455 997	1 198 625	225,9
Mehrfamilienhäuser	1 952 976	1 736 070	142,2	2 721 040	2 461 817	150,9
Wohnheime	112 837	106 950	113,7	91 343	71 497	71,9
Insgesamt	6 147 213	5 243 058	207,3	7 252 071	6 395 622	211,2
Baufertigstellungen						
Einfamilienhäuser	2 204 440	2 000 386	293,3	2 549 859	2 309 510	314,9
Zweifamilienhäuser	794 664	608 810	193,5	1 229 219	848 170	205,2
Mehrfamilienhäuser	1 190 475	1 048 869	134,9	1 716 312	1 538 357	138,1
Wohnheime	70 251	64 077	105,0	119 561	115 401	83,9
Insgesamt	4 259 830	3 722 142	202,9	5 614 951	4 811 438	200,6

Eigenheimen eine herausragende Rolle und verleihen dem Nachfrageverlauf in diesem Bausektor eine größere Kontinuität als im Vermietungssektor.

Das Zusammenwirken von gesetzlich verankerten Investitionsanreizen, die große Nachfrage nach Miet-

wohnungen in Oberzentren und ballungsraumnahen Gebieten und die kontinuierlich anhaltende Wohneigentumsbildung haben 1993 gemeinsam zu dem hervorragenden Wohnungsbauergebnis geführt.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Die Insolvenzen im Jahre 1993

Die Insolvenzstatistik beruht auf den Meldungen der Amtsgerichte (Konkursgerichte) über die beantragten und eröffneten Insolvenzverfahren. Erfaßt werden also nur die Fälle von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, bei denen ein Gericht um Regelung bemüht wird, außergerichtliche Einigungen zwischen Gläubigern und Schuldern werden nicht berücksichtigt. Mit dem Begriff Insolvenzen werden Konkurs- und Vergleichsverfahren zusammengefaßt, wobei Anschlußkonkurse abgezogen werden, da hier ein erfolgloses gerichtliches Vergleichsverfahren vorausgegangen war.

Zahl der Insolvenzen deutlich gestiegen

Im Jahr 1993 war in Rheinland-Pfalz ein deutlicher Anstieg der Insolvenzen zu verzeichnen. Die in den beiden Vorjahren festgestellte Entwicklung (+ 5,2 % bzw. + 12,9 %) hat sich im vergangenen Jahr verstärkt fortgesetzt: Mit 991 beantragten Konkursverfahren wurde der bisher höchste Stand von 1986 geringfügig übertroffen. Damit waren 186 oder 23,1 % mehr Unternehmen, Personen oder sonstige Gemeinschuldner zahlungsunfähig als ein Jahr zuvor. Außerdem wurden vier Ver-

Konkurse und Vergleichsverfahren 1980 bis 1993

Jahr	Beantragte Konkursverfahren						Vergleichs-verfahren
	eröffnet		mangels Masse abgelehnt		insgesamt	Ver-änderung gegenüber Vorjahr	
	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	%	
1980	75	17,0	366	83,0	441	3,8	166 597
1981	140	22,7	477	77,3	617	39,9	306 065
1982	146	18,4	646	81,6	792	28,4	420 959
1983	146	16,4	742	83,6	888	12,1	541 274
1984	177	22,1	623	77,9	800	-9,9	1 724 108
1985	200	22,0	709	78,0	909	13,6	567 404
1986	177	18,1	803	81,9	980	7,8	612 413
1987	197	20,6	758	79,4	955	-2,6	549 206
1988	172	20,0	688	80,0	860	-9,9	369 802
1989	156	23,1	518	76,9	674	-21,6	271 726
1990	158	23,3	520	76,7	678	0,6	262 609
1991	177	24,8	536	75,2	713	5,2	456 845
1992	202	25,1	603	74,9	805	12,9	686 198
1993	221	22,3	770	77,7	991	23,1	597 920

1) Anteil an den beantragten Konkursverfahren insgesamt.



gleichsverfahren eröffnet. Da kein Anschlußkonkurs registriert wurde, betrug die Zahl der Insolvenzen 995. Den gerichtlichen Vergleichsverfahren, bei denen mindestens 35 % der Schulden gedeckt sein müssen, kommt demnach mit einem Anteil von nur 0,4 % eine geringe Bedeutung im Insolvenzgeschehen zu. Von dieser Möglichkeit der gerichtlichen Auseinandersetzung machten nur Unternehmen Gebrauch.

Von den im vergangenen Jahr beantragten Konkursverfahren wurden lediglich 221 oder gut 22 % eröffnet. Der mit knapp 78 % weitaus größte Teil wurde von vornherein mangels Masse abgelehnt, da die vorab von den Gerichten geschätzte Teilungsmasse nicht einmal die Deckung der Verfahrenskosten erwarten ließ. Berücksichtigt man, daß auch von den eröffneten Verfahren noch ein Teil während der Abwicklung wegen Masselosigkeit eingestellt wird, dann dürfte weniger als jeder fünfte beantragte Konkurs einen gerichtlichen Abschluß finden. In den meisten Fällen gehen die Gläubiger also völlig leer aus. Aber auch wenn ein Konkursverfahren durchgeführt wird, bekommen die Gläubiger nur einen Teil ihre Außenstände ersetzt.

In 716 Fällen richteten sich die Konkursanträge der Gläubiger gegen ein Erwerbsunternehmen, das waren 135 oder 23,2 % mehr als im Vorjahr. Knapp drei Viertel aller gestellten Anträge betrafen somit Unternehmen. Die restlichen 275 Fälle der Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung von natürlichen Personen, Nachlässen und sonstigen nicht zu den Unternehmen zählenden Gemeinschuldnern machten 28 % aller gerichtlich geregelten Verfahren aus. Die Zahl der Konkurse von diesen Gemeinschuldnern nahm 1993 ebenfalls deutlich zu, nämlich um 51 Fälle oder 22,8 %, alleine bedingt durch einen Anstieg bei natürlichen Personen, während das Konkursgericht bei Nachlässen sogar seltener bemüht wurde als im Vorjahr. Bei Konkursen von Unternehmen kam es häufiger zur Eröffnung des Verfahrens (25 % der Fälle) als bei den übrigen Gemeinschuldnern (15 %), bei letzteren war jedoch die Eröffnungsquote mit 30 % bei Nachlässen fünfmal so hoch wie bei Privatpersonen (6 %).

**Gesellschaften mit beschränkter Haftung besonders insolvenzanfällig**

Mehr als die Hälfte der 1993 fallierten Unternehmen waren Kapitalgesellschaften, und zwar ausschließlich Gesellschaften mit beschränkter Haftung. In 293 Fällen oder zu 41 % handelte es sich um Einzelfirmen, von denen etwa die Hälfte nicht im Handelsregister eingetragen war, und weitere 35 Konkurse oder 5 % betrafen Personengesellschaften (Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften). Vor allem Gesellschaften mit beschränkter Haftung (+ 91 Fälle) und nicht eingetragene Unternehmen (+ 38 Fälle) wurden im Berichtsjahr häufiger zahlungsunfähig als 1992, während sich die Zahl der vom Zusammenbruch betroffenen eingetragenen Unternehmen um 10 erhöhte und die der Personengesellschaften um 3 verringerte.

Diese absoluten Insolvenzhäufigkeiten erlauben noch keine Aussage über die rechtsformspezifische Insolvenzanfälligkeit. In einer Insolvenzquote wird die

relative Insolvenzhäufigkeit dargestellt, indem die Zahl der Insolvenzen zu den bestehenden umsatzsteuerpflichtigen <sup>1)</sup> Unternehmen der jeweiligen Rechtsform in Beziehung gesetzt wird. Es zeigt sich, daß je 10 000 bestehende Kapitalgesellschaften im Durchschnitt 255 von Konkurs betroffen waren, dagegen waren es bei Personengesellschaften nur 22 und bei Einzelunternehmen 28.

Je nach Rechtsform des Unternehmens sind auch deutliche Unterschiede bei der Eröffnungsquote erkennbar. Von den Konkursverfahren gegen Personengesellschaften wurden immerhin gut zwei Fünftel und von denen gegen Kapitalgesellschaften knapp ein Drittel eröffnet, dagegen nur jedes achte Verfahren gegen nicht eingetragene Unternehmen und jedes sechste gegen eingetragene Unternehmen.

**Starker Anstieg im verarbeitenden Gewerbe**

Innerhalb der Wirtschaftsbereiche ist das verarbeitende Gewerbe (+ 64 Fälle) und der Dienstleistungsbe-

Konkurse 1992 und 1993 nach Rechtsform, Wirtschaftsbereich und Alter des Unternehmens

Rechtsform Wirtschaftsbereich Alter des Unternehmens	Beantragte Konkursverfahren			Veränderung 1993 geg. 1992
	1992	1993		
		insgesamt	darunter eröffnet	
	Anzahl			
Unternehmen und freie Berufe	581	716	179	23,2
nicht eingetragene Unternehmen	110	148	18	34,5
eingetragene Einzelunternehmen	135	145	23	7,4
Personengesellschaften	38	35	15	- 7,9
Kapitalgesellschaften	296	387	123	30,7
sonstige Unternehmen	2	1	-	- 50,0
Verarbeitendes Gewerbe	105	169	53	61,0
Baugewerbe	141	154	36	9,2
Handel	148	166	41	12,2
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	42	34	2	- 19,0
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	125	176	44	40,8
Übrige Wirtschaftsbereiche <sup>1)</sup>	20	17	3	- 15,0
bis unter 8 Jahre alt	439	571	115	30,1
8 Jahre und älter	142	145	64	2,1
Übrige Gemeinschaftschuldner	224	275	42	22,8
natürliche Personen	105	165	10	57,1
Nachlässe	115	106	32	- 7,8
sonstige Gemeinschaftschuldner	4	4	-	-
Insgesamt	805	991	221	23,1

1) In der Umsatzsteuerstatistik 1992 erfaßte steuerpflichtige Unternehmen.

1) Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe.



## Konkurse 1993 nach der Höhe der voraussichtlichen Forderungen

Voraussichtliche Forderungen von ... DM	Beantragte Konkursverfahren				Voraussichtliche Forderungen
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	insgesamt	darunter Unternehmen	
	Anzahl				1 000 DM
unter 100 000	36	500	536	307	12 229
100 000 – 500 000	60	168	228	197	51 709
500 000 – 1 Mill.	47	61	108	104	72 273
1 Mill. – 10 Mill.	68	41	109	98	257 757
10 Mill. und mehr	10	–	10	10	203 952
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>221</b>	<b>770</b>	<b>991</b>	<b>716</b>	<b>597 920</b>

reich (+51) am stärksten von der Zunahme der Zahlungsschwierigkeiten betroffen. Relativ wenig nahm die Zahl der insolventen Unternehmen im Baugewerbe (+13 Fälle) und im Handel (+18) zu, während im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (–8) weniger Konkurse registriert wurden.

Mit 176 Fällen war jeder vierte Unternehmenskonkurs 1993 im Dienstleistungsbereich (einschließlich Freie Berufe) zu verzeichnen. Knapp 24 % der fallierten Unternehmen hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im verarbeitenden Gewerbe, im Vorjahr waren es nur 18 %. Im verarbeitenden Gewerbe wurde 1993 knapp jedes dritte Verfahren eröffnet, in den anderen Wirtschaftsbereichen etwa jedes vierte, außer im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, wo die Bedingungen dafür nur in zwei von 34 Fällen erfüllt waren.

Setzt man die absoluten Insolvenzzahlen auch hier in Relation zum Unternehmensbestand des jeweiligen Wirtschaftsbereichs, erweist sich das Baugewerbe als die Branche mit den relativ meisten Insolvenzen (123 je 10 000 Unternehmen), gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe (81). Deutlich niedriger liegen die Quoten für den Dienstleistungsbereich (33), den Handel (49) und den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (58).

Jüngere Unternehmen waren 1993 insolvenzanfällig als ältere. Mit insgesamt 571 Fällen hatten vier Fünftel aller zahlungsunfähigen Unternehmen zum Zeitpunkt ihres Zusammenbruchs weniger als acht Jahre bestanden. Auf diese jüngeren Unternehmen konzentriert sich die Zunahme im vergangenen Jahr (+132 Fälle), die Zahl der älteren insolvent gewordenen Unternehmen lag um drei über der des Vorjahres. Bei Konkursen älterer Unternehmen kommt es häufiger zur Eröffnung des Verfahrens. So lag die Eröffnungsquote bei den acht Jahre und älteren Unternehmen mit 44 % mehr als doppelt so hoch wie bei den weniger als acht Jahre bestehenden Firmen mit 20 %.

### Forderungen in Millionenhöhe bei 119 Konkursen

Das Ausmaß der ökonomischen und sozialen Auswirkungen von Insolvenzen hängt weniger von der Vielzahl fallierter kleiner und mittelständischer Unternehmen, Privatpersonen und Nachlässe ab als vom Auftreten sogenannter „Millionenkonkurse“. Neben der Zahl der Konkursverfahren wird deshalb von den Amtsgerichten sofort bei Eröffnung eines Verfahrens bzw. Ablehnung

des Antrags die Höhe der voraussichtlich geltend gemachten Forderungen gemeldet. Die finanziellen Verluste können allerdings vor Abschluß der gerichtlichen Auseinandersetzung nur abgeschätzt werden anhand der Forderungen, die die Gläubiger bereits vor Eröffnung des Verfahrens angemeldet haben. Nur in den mangels Masse abgewiesenen Fällen sind die Einbußen der Gläubiger schon zum Zeitpunkt des Konkursantrags bekannt. Jedoch ist hierbei zu beachten, daß die Summe oft zu niedrig ausgewiesen sein dürfte, da viele Gläubiger darauf verzichten, Ansprüche geltend zu machen, wenn sie erkennen, daß mit einem Totalverlust ihrer Außenstände zu rechnen ist.

Insgesamt erreichten die vorläufigen Konkursforderungen im vergangenen Jahr 598 Mill. DM. Sie waren damit trotz der Zunahme der Konkurszahl um 88 Mill. DM oder 13 % niedriger als 1992. Dementsprechend lag auch der je Konkurs von den Gläubigern im Durchschnitt geforderte Betrag mit 603 000 DM erheblich unter dem des Vorjahres mit 852 000 DM. Die Struktur der Konkurse hinsichtlich der Höhe der Gläubigerforderungen zeigt, daß es sich bei der Mehrzahl um Insolvenzen mit relativ geringen finanziellen Folgen handelt.

Bei knapp 54 % aller Konkurse im Jahr 1993 lagen die Forderungen der Gläubiger jeweils unter 100 000 DM. Diesen 536 Konkursen galten mit 12,2 Mill. DM nur 2 % aller gestellten Forderungen. Lediglich bei 119 Konkursen, d.h. in etwa jedem achten Fall, wurden Ansprüche von einer Million DM oder mehr geltend gemacht, auf die allerdings 77 % sämtlicher Forderungen entfielen. Darunter befanden sich zehn Konkurse, bei denen sich die Verbindlichkeiten jeweils auf zehn Millionen DM oder mehr summierten. Je höher die voraussichtlichen Forderungen, um so größer ist tendenziell der Anteil der Unternehmenskonkurse. Forderungen in Millionenhöhe wurden bei 108 Konkursen von Unternehmen und bei elf anderen Gemeinschuldnern gemeldet.

Mit der Höhe der Forderungen nimmt auch der Anteil der eröffneten Konkursverfahren zu. Während bei den Konkursen mit Forderungen von weniger als 100 000 DM die vorhandene Masse nur in knapp 7 % der Fälle zur Eröffnung eines Verfahrens genügte, betrug die Eröffnungsquote bei Konkursen mit Forderungen zwischen 100 000 DM und einer Million DM bereits 32 % und bei den Millionenkonkursen sogar knapp 66 %.

Diplom-Volkswirt Werner Kertels



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993					1994		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 852	...	3 885	3 889	3 892	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	2 052	2 001 <sup>p</sup>	760 <sup>p</sup>	945 <sup>p</sup>	1 385 <sup>p</sup>	2 148 <sup>p</sup>	722 <sup>p</sup>	914 <sup>p</sup>	1 508 <sup>p</sup>
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,2 <sup>p</sup>	2,3 <sup>p</sup>	3,2 <sup>p</sup>	4,2 <sup>p</sup>	6,5 <sup>p</sup>	2,2 <sup>p</sup>	3,0 <sup>p</sup>	4,5 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	3 560	3 524 <sup>p</sup>	2 913 <sup>p</sup>	3 263 <sup>p</sup>	3 755 <sup>p</sup>	3 904 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,8 <sup>p</sup>	8,8 <sup>p</sup>	11,0 <sup>p</sup>	11,4 <sup>p</sup>	11,7 <sup>p</sup>	...	...	...
* Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 553	3 656 <sup>p</sup>	3 486 <sup>p</sup>	3 512 <sup>p</sup>	4 890 <sup>p</sup>	4 310 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,0	11,2 <sup>p</sup>	10,6 <sup>p</sup>	11,8 <sup>p</sup>	14,8 <sup>p</sup>	12,9 <sup>p</sup>	...	...	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>3)</sup>	Anzahl	24	22 <sup>p</sup>	17 <sup>p</sup>	15 <sup>p</sup>	23 <sup>p</sup>	32 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	6,6	6,1 <sup>p</sup>	5,2 <sup>p</sup>	4,9 <sup>p</sup>	6,4 <sup>p</sup>	8,6 <sup>p</sup>	...	...	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	7	- 132 <sup>p</sup>	- 573 <sup>p</sup>	- 249 <sup>p</sup>	- 1 135 <sup>p</sup>	- 406 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,0	- 0,4 <sup>p</sup>	- 1,7 <sup>p</sup>	- 0,8 <sup>p</sup>	- 3,4 <sup>p</sup>	- 1,2 <sup>p</sup>	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 290	...	11 836	10 089	11 538	...	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	7 320	...	7 204	5 986	7 140	...	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 970	...	4 632	4 103	4 398	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>5)</sup>	Anzahl	12 173	...	12 661	10 533	11 941	...	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	88 985	117 703	117 783	119 389	114 036	133 747	145 485	145 377	138 020
* Männer	Anzahl	47 150	65 894	67 274	68 969	64 825	76 761	84 994	85 441	79 726
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 761	.	.	.	6 508	7 093	.	.	7 479
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	29 993	.	.	.	41 461	47 756	.	.	49 666
Arbeitslosenquote	%	5,7	7,5	7,5	7,6	7,2	8,5	9,2	9,2	8,7
Offene Stellen	Anzahl	20 320	19 617	15 476	16 923	18 212	14 127	16 576	18 535	20 385
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 409	.	.	.	1 802	665	.	.	800
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	.	.	.	4 611	3 238	.	.	3 228
Kurzarbeiter	Anzahl	13 123	35 286	38 943	45 077	47 340	34 919	31 671	30 727	27 438
Männer	Anzahl	9 875	28 635	31 114	36 377	38 329	29 599	25 907	25 618	22 684
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Schlachtmengen</b> <sup>6)</sup>	t	14 269	13 805	13 679	12 498	15 057	14 751	13 751	12 143	13 562
* Rinder	t	4 755	4 111	4 266	3 839	4 752	4 417	3 910	3 649	4 338
* Kälber	t	33	29	34	20	31	49	20	21	43
* Schweine	t	9 354	9 550	9 287	8 544	10 153	10 132	9 730	8 372	9 047
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	65	65	63	59	68	62	64	58	67
* an Molkereien geliefert	%	95,0	95,3	94,7	95,2	94,9	94,4	94,8	95,2	95,1
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b> <sup>7)</sup>										
Betriebe	Anzahl	2 678	2 594	2 605	2 613	2 606	2 579	2 525	2 509	2 503
* Beschäftigte	1 000	385	357	367	365	364	346	339 <sup>r</sup>	338	337
* Arbeiter <sup>8)</sup>	1 000	258	235	244	241	240	226	222	221	220
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	33 985	30 320	30 715	30 045	33 336	28 106	26 119	28 135	31 110
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 785	1 706	1 647	1 554	1 627	2 056	1 547	1 489	1 576
* Löhne	Mill. DM	997	932	900	843	890	1 070	833	794	853
* Gehälter	Mill. DM	788	774	747	712	737	986	714	695	723
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 877	8 270	7 395	7 858	9 053	8 645	7 726	7 842	9 346
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 978	2 807	2 477	2 817	3 102	3 091	2 777	2 865	3 507
* Exportquote <sup>9)</sup>	%	33,6	33,9	33,5	35,8	34,3	35,8	35,9	36,5	37,5

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993					1994		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
* Kohleverbrauch <sup>1)3)</sup>	1 000t SKE	271	260	.	.	271	298	.	.	276
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) <sup>2)3)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	807	697	.	.	788	643	.	.	793
* Heizölverbrauch <sup>3)</sup>	1 000t	126	105	.	.	136	115	.	.	115
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	50	47	.	.	70	50	.	.	53
* schweres Heizöl	1 000t	76	58	.	.	66	65	.	.	62
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 125	1 070	1 042	1 035	1 123	1 072	1 092	1 055	1 169
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	230	234	239	243	244	289	282	259	261
<b>Index der Nettoproduktion</b> (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	108	97	104	113	117	99	101	...
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	116	110	105	103	120	103	108	108	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	124	120	82	93	124	94	85	89	...
Chemische Industrie	1985 = 100	118	114	111	108	125	109	114	113	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	104	97	77	99	89	130	72	87	...
Maschinenbau ; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	100	104	61	115	57	214	72	113	...
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	86	69	59	72	83	64	48	53	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	111	106	105	123	104	111	105	...
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	54	50	52	53	63	36	52	49	...
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	157	153	140	136	169	173	158	127	...
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	384	425	508	454	455	462	475	485	...
Strombezug <sup>4)</sup>	Mill. kWh	2 874	3 114	3 022	2 895	3 628	3 577	3 563	3 161	...
Stromlieferungen <sup>4)</sup>	Mill. kWh	1 231	1 459	1 202	1 141	1 775	1 699	1 683	1 625	...
* Stromverbrauch <sup>5)</sup>	Mill. kWh	2 004	2 054	2 297	2 178	2 277	2 311	2 324	1 993	...
Gasverbrauch <sup>6)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	457	479	621	596	569	627	628	590	...
<b>Handwerk <sup>7)</sup></b>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	87	86	.	.	85	84	.	.	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	195	187	.	.	164	205	.	.	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe</b>										
* Beschäftigte	Anzahl	61 356	60 475	59 900	58 918	60 489	59 172	57 638	57 018	...
Facharbeiter	Anzahl	30 284	29 310	28 710	28 444	29 301	28 157	27 757	27 672	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 490	16 207	16 488	15 808	16 246	15 996	15 136	14 694	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 803	6 613	5 564	5 378	7 164	4 980	5 202	4 733	...
Privater Bau	1 000	4 497	4 454	3 915	3 824	4 815	3 443	3 739	3 434	...
* Wohnungsbau	1 000	2 653	2 666	2 370	2 257	2 833	2 047	2 244	2 013	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	17	41	32	189	18	32	34	20	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 827	1 747	1 513	1 378	1 964	1 364	1 461	1 401	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 305	2 158	1 649	1 554	2 349	1 537	1 463	1 299	...
Hochbau	1 000	433	413	352	317	468	324	316	264	...
Tiefbau	1 000	1 872	1 746	1 297	1 237	1 881	1 213	1 147	1 035	...
Straßenbau	1 000	981	939	663	639	980	636	590	537	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	242	245	195	187	236	237	204	186	...
* Löhne	Mill. DM	194	194	149	141	189	182	158	140	...
* Gehälter	Mill. DM	48	51	46	46	47	55	45	46	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	809	789	746	503	686	926	605	516	...

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m<sup>3</sup>. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993					1994		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	949	1 056	717	811	1 322	1 026	994	1 180	...
* mit 1 Wohnung	Anzahl	607	639	461	506	843	570	583	679	...
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	203	221	138	159	262	204	208	275	...
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	195	118	146	217	252	203	226	...
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 160	1 326	860	1 000	1 697	1 369	1 309	1 457	...
* Wohnfläche	1 000 m²	203	235	150	178	298	249	237	264	...
Wohnräume	Anzahl	9 327	10 849	6 973	8 315	13 452	11 505	10 878	12 081	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	437	533	341	394	683	563	531	601	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	2	-	7	5	1	2	...
Unternehmen	Anzahl	128	128	121	122	163	136	100	111	...
Private Haushalte	Anzahl	816	925	594	689	1 152	885	893	1 067	...
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	153	119	148	157	152	158	148	...
* Umbauter Raum	1 000 m³	987	800	510	610	1 226	890	644	655	...
* Nutzfläche	1 000 m²	154	125	97	103	157	122	115	103	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	194	159	134	233	150	214	179	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	21	23	28	24	27	17	...
Unternehmen	Anzahl	138	120	93	118	120	124	125	123	...
Private Haushalte	Anzahl	8	7	5	7	9	4	6	8	...
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 439	2 871	1 774	2 036	3 787	3 157	3 064	3 142	...
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 952	...	2 212	2 549	2 178	...	...	...	...
* EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 646	...	1 032	1 377	966	...	...	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	250	...	153	205	153	...	...	...	...
Dänemark	Mill. DM	50	...	36	45	28	...	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	418	...	252	398	266	...	...	...	...
Griechenland	Mill. DM	31	...	19	25	22	...	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	270	...	166	216	172	...	...	...	...
Irland	Mill. DM	12	...	10	11	5	...	...	...	...
Italien	Mill. DM	257	...	170	191	126	...	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	217	...	142	174	126	...	...	...	...
Spanien	Mill. DM	114	...	67	90	57	...	...	...	...
Portugal	Mill. DM	26	...	18	23	11	...	...	...	...
USA und Kanada	Mill. DM	196	...	174	202	200	...	...	...	...
Japan	Mill. DM	63	...	52	58	46	...	...	...	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	394	...	...	...	...	...	...	...	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	104	...	...	...	...	...	...	...	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 262	...	1 735	1 908	1 976	...	...	...	...
EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 289	...	902	912	1 067	...	...	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	290	...	149	127	169	...	...	...	...
Dänemark	Mill. DM	46	...	37	34	28	...	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	300	...	237	274	247	...	...	...	...
Griechenland	Mill. DM	7	...	3	5	5	...	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	108	...	79	80	99	...	...	...	...
Irland	Mill. DM	12	...	12	9	5	...	...	...	...
Italien	Mill. DM	190	...	143	153	191	...	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	213	...	136	114	177	...	...	...	...
Spanien	Mill. DM	103	...	85	93	128	...	...	...	...
Portugal	Mill. DM	21	...	21	20	18	...	...	...	...
USA und Kanada	Mill. DM	175	...	164	185	153	...	...	...	...
Japan	Mill. DM	120	...	79	115	146	...	...	...	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	286	...	...	...	...	...	...	...	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64	...	...	...	...	...	...	...	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993					1994		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	99,7	99,1	99,2	98,5	99,1 <sup>r</sup>	100,1	97,3 <sup>r</sup>	96,4	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	127,0	124,2	105,8	103,7	131,3 <sup>r</sup>	156,0 <sup>r</sup>	109,4 <sup>r</sup>	107,8	...
<b>Großhandel</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	111,3	109,6	109,6	109,3	109,7	109,0 <sup>r</sup>	108,5	...	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	128,8	122,8	98,5	103,8	135,7	127,6 <sup>r</sup>	103,3	...	...
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	93,0	91,6	82,7 <sup>r</sup>	84,1 <sup>r</sup>	87,7 <sup>r</sup>	87,8 <sup>r</sup>	85,4 <sup>r</sup>	86,5	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,9	94,8	84,0 <sup>r</sup>	86,1	90,9 <sup>r</sup>	91,8 <sup>r</sup>	87,8 <sup>r</sup>	89,7	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,5	115,7	86,5 <sup>r</sup>	88,7 <sup>r</sup>	102,6 <sup>r</sup>	105,8 <sup>r</sup>	92,1 <sup>r</sup>	88,9	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	122,4	119,0	79,1 <sup>r</sup>	83,1 <sup>r</sup>	97,3	97,0 <sup>r</sup>	83,3 <sup>r</sup>	85,7	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	110,7	112,9	90,1	91,4	105,0 <sup>r</sup>	111,0 <sup>r</sup>	96,8 <sup>r</sup>	89,5	...
<b>Fremdenverkehr</b> in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	525	498	247	278	356	286	238	279	...
* Ausländer	1 000	115	106	50	70	63	51	46	66	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 828	1 736	884	956	1 205	1 037	865	954	...
* Ausländer	1 000	378	344	141	200	197	167	142	203	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Güterempfang	1 000 t	1 428	...	1 240	1 365	1 365	...	...	...	...
* Güterversand	1 000 t	956	...	826	962	962	...	...	...	...
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 852	13 351	12 339	10 941	19 737	10 348	12 687	11 770	20 690
Krafträder	Anzahl	803	936	257	461	2 343	130	319	601	2 674
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 963	11 502	11 240	9 758	16 168	9 368	11 614	10 404	16 724
* Lastkraftwagen	Anzahl	760	618	603	519	779	583	545	545	842
Zugmaschinen	Anzahl	159	138	132	72	193	138	99	121	183
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
	Anzahl	9 812	9 582	9 205	8 041	9 005	11 267	9 327	7 862 <sup>p</sup>	8 903 <sup>p</sup>
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 530	1 509	1 174	1 053	1 297	1 552	1 275	1 042 <sup>p</sup>	1 295 <sup>p</sup>
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 282	8 073	8 031	6 988	7 708	9 715	8 052	6 820 <sup>p</sup>	7 608 <sup>p</sup>
Verunglückte Personen	Anzahl	2 065	2 046	1 627	1 432	1 761	2 161	1 766	1 401 <sup>p</sup>	1 778 <sup>p</sup>
* Getötete	Anzahl	39	40	44	17	38	50	28	24 <sup>p</sup>	22 <sup>p</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	27	10	25	29	24	20 <sup>p</sup>	13 <sup>p</sup>
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	5	1	1	2	2	-	-	5 <sup>p</sup>
Radfahrer	Anzahl	3	3	-	-	3	3	-	-	2 <sup>p</sup>
Fußgänger	Anzahl	4	6	15	5	7	14	4	3 <sup>p</sup>	2 <sup>p</sup>
Schwerverletzte	Anzahl	541	533	408	325	444	510	424	315 <sup>p</sup>	429 <sup>p</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	315	311	297	217	274	361	295	...	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	90	28	24	49	23	32	...	...
Radfahrer	Anzahl	58	56	15	22	32	26	23	...	...
Fußgänger	Anzahl	57	57	53	45	68	85	63	...	...
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
* Konkurse <sup>1)</sup>	Anzahl	67	83	74	65	104	87	87	88	90
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	57 183	49 827	45 976	31 122	45 392	125 084	47 490	29 089	37 935
* Vergleichsverfahren		0	0	1	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Wechselsumme	1 000 DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993					1994		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Kredite und Einlagen <sup>1)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	104 522	112 376	.	.	.	112 376	.	.	.
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	102 700	110 428	.	.	.	110 428	.	.	.
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 181	20 046	.	.	.	20 046	.	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 583	19 205	.	.	.	19 205	.	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	598	841	.	.	.	841	.	.	.
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 288	10 247	.	.	.	10 247	.	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 686	8 745	.	.	.	8 745	.	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 602	1 502	.	.	.	1 502	.	.	.
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 231	80 135	.	.	.	80 135	.	.	.
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	63 181	71 424	.	.	.	71 424	.	.	.
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 050	8 711	.	.	.	8 711	.	.	.
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	100 201	104 081	.	.	.	104 081	.	.	.
* Sichteinlagen	Mill. DM	17 005	18 567	.	.	.	18 567	.	.	.
* Termineinlagen	Mill. DM	43 765	42 122	.	.	.	42 122	.	.	.
* Spareinlagen	Mill. DM	39 431	43 392	.	.	.	43 392	.	.	.
* Gutschriften auf Sparkonten <sup>2)</sup>	Mill. DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>Steuern <sup>3)</sup></b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 970	3 324	3 308	3 255	3 331	4 306	3 250	3 590	3 250
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 357	1 365	1 042	1 287	1 636	2 379	1 113	1 543	1 537
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 024	1 053	1 120	1 399	702	1 397	1 033	1 418	815
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	181	187	–	669	–9	–	–6	677	–
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	152	123	–77	–53	482	577	–117	–24	376
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	58	25	16	23	81	13	13
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	–	32	–	15	20	21	150	93	13
* Zinsabschlagsteuererlegung	Mill. DM	–	15	–	7	–	–	–	73	–
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	138	114	–60	–100	416	360	–34	43	320
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	22	1	–	–23	3	–	–	–14	–
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	613	1 960	2 267	1 968	1 695	1 927	2 136	2 046	1 713
* Umsatzsteuer	Mill. DM	445	658	519	845	435	707	780	947	525
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	168	1 302	1 747	1 123	1 260	1 219	1 356	1 100	1 188
* Zölle	Mill. DM	11	215	94	220	214	249	195	210	221
* Bundessteuern	Mill. DM	150	504	20	599	584	1 222	14	537	833
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	0	0	0	0	0	0	1	0	7
* Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	102	498	13	596	581	1 207	8	525	816
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	44	2	3	–3	1	10	0	5	7
* Landessteuern	Mill. DM	118	123	156	133	114	90	84	162	125
* Vermögensteuer	Mill. DM	24	27	47	53	6	2	2	59	2
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	59	61	69	56	74	50	44	73	75
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	8	1	8	4	15	10	10

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich der durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993					1994		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
* Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	Mill. DM	690	674	-	...	679	662	-	-	...
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	...	6	7	-	-	...
* Grundsteuer B	Mill. DM	116	124	-	...	110	107	-	-	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	492	463	-	...	491	459	-	-	...
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	62	-	...	57	75	-	-	...
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften <sup>2)</sup>										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 149	2 345	1 885	2 379	2 395	3 492	1 919	2 545	2 631
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	588	594	443	538	732	1 040	545	672	678
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	398	1 241	1 428	1 240	1 079	1 214	1 359	1 335	1 119
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	974	1 002	867	1 036	1 033	1 473	869	1 178	953
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582	585	434	535	728	1 038	476	658	676
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	258	284	284	366	191	315	308	356	152
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 148	1 158	-	...	814	1 545	-	-	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>3)</sup>	Mill. DM	406	413	-	...	475	369	-	-	...
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	543	534	-	...	151	974	-	-	...
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet <sup>4)</sup>	1985 = 100	115,1	119,9	118,1	118,6	119,0	121,1	122,2	122,6	122,8
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	113,4	114,0	114,2	114,5	114,8	115,5	115,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet <sup>4)</sup> , Bauleistungen am Bauwerk <sup>5)</sup>	1985 = 100	131,3	137,2	-	135,4	-	-	-	138,6	-
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	22,43	23,60	23,02	-	-	-	23,94	-	-
Männliche Arbeiter	DM	23,36	24,51	23,97	-	-	-	24,85	-	-
Facharbeiter	DM	24,74	25,91	25,37	-	-	-	26,37	-	-
Angelernte Arbeiter	DM	22,44	23,56	22,89	-	-	-	23,67	-	-
Hilfsarbeiter	DM	20,06	20,83	20,48	-	-	-	21,02	-	-
Weibliche Arbeiter	DM	16,87	17,78	17,32	-	-	-	18,10	-	-
Hilfsarbeiter	DM	16,53	17,42	16,98	-	-	-	17,64	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,4	38,4	38,2	-	-	-	37,6	-	-
Männliche Arbeiter	Std.	39,7	38,6	38,4	-	-	-	37,7	-	-
Weibliche Arbeiter	Std.	37,9	36,8	37,1	-	-	-	37,0	-	-
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 461	5 631	5 556	-	-	-	5 676	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 910	5 082	5 017	-	-	-	5 156	-	-
männlich	DM	5 860	6 036	5 986	-	-	-	6 121	-	-
weiblich	DM	3 905	4 067	3 996	-	-	-	4 110	-	-
Technische Angestellte	DM	5 907	6 069	5 990	-	-	-	6 087	-	-
männlich	DM	6 045	6 203	6 122	-	-	-	6 226	-	-
weiblich	DM	4 429	4 613	4 559	-	-	-	4 614	-	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 848	4 033	3 906	-	-	-	4 125	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	3 834	4 018	3 892	-	-	-	4 109	-	-
männlich	DM	4 591	4 839	4 699	-	-	-	4 866	-	-
weiblich	DM	3 198	3 346	3 238	-	-	-	3 477	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes <sup>1)</sup>

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992		1993				1994	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 074	64 865	65 289	65 332	65 369	...	...	...	...
Eheschließungen <sup>2)</sup>	Anzahl	37 858 <sup>3)</sup>	37 668 <sup>p3)</sup>	37 071 <sup>p3)</sup>	13 118 <sup>p3)</sup>	16 711 <sup>p3)</sup>	23 716 <sup>p3)</sup>	39 566 <sup>p3)</sup>	...	...
Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	69 168 <sup>3)</sup>	66 667 <sup>p3)</sup>	64 173 <sup>p3)</sup>	63 636 <sup>p3)</sup>	63 010 <sup>p3)</sup>	61 553 <sup>p3)</sup>	62 729 <sup>p3)</sup>	...	...
Gestorbene <sup>5)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	75 937 <sup>3)</sup>	73 108 <sup>p3)</sup>	77 093 <sup>p3)</sup>	77 103 <sup>p3)</sup>	72 122 <sup>p3)</sup>	77 277 <sup>p3)</sup>	82 423 <sup>p3)</sup>	...	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 769 <sup>3)</sup>	- 6 441 <sup>p3)</sup>	- 12 920 <sup>p3)</sup>	- 13 467 <sup>p3)</sup>	- 9 112 <sup>p3)</sup>	- 15 724 <sup>p3)</sup>	- 19 694 <sup>p3)</sup>	...	...
Arbeitslose	1 000	1 689	1 808	2 025	2 257	2 288	2 408	2 514	2 736	2 742
Männer	1 000	898	983	1 129	1 296	1 326	1 351	1 442	1 602	1 616
Arbeitslosenquote	%	6,3	6,6	7,4	8,1	8,3	8,7	9,1	9,8	9,9
Offene Stellen	1 000	331	324	237	242	252	189	183	207	232
Kurzarbeiter	1 000	145	283	650	857	1 042	636	556	517	519
Männer	1 000	117	213	513	693	843	511	452	421	429
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe<sup>6)</sup></b>										
Beschäftigte	1 000	7 515	7 333	7 118	7 020	6 977	6 637	6 580	...	...
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	663	637	564	559	568	569	519	...	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 463	162 969	163 749	134 599	141 670	156 861	161 496	...	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 557	43 616	42 971	34 290	39 148	42 497	44 707	...	...
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)										
	1985 = 100	121	119	109	99	103 <sup>f</sup>	115	110 <sup>f</sup>	100 <sup>f</sup>	105
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	112	113	96	102	102 <sup>f</sup>	113	101 <sup>f</sup>	107 <sup>f</sup>	107
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	126	122	117	94	102 <sup>f</sup>	114	116 <sup>f</sup>	93 <sup>f</sup>	104
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	120	106	107	111 <sup>f</sup>	120	105 <sup>f</sup>	107 <sup>f</sup>	107
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	129	128	124	113	114 <sup>f</sup>	137	127 <sup>f</sup>	117 <sup>f</sup>	114
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 913	33 247	35 222	36 980	34 881	36 061	...	...	...
Gaserzeugung	Mill. m <sup>3</sup>	2 814	2 764	3 047	3 231	2 952	...	...	...	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen</b>										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 061	1 076	1 076	1 039	1 023	1 091 <sup>p</sup>	1 075 <sup>p</sup>	1 033	1 023
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	111	115	95	77	80	110 <sup>p</sup>	84 <sup>p</sup>	85	78
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	12 911	14 650	21 143	9 590	8 640	16 849 <sup>p</sup>	18 159 <sup>p</sup>	9 735	9 578
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 855	13 159	11 488	10 013	11 021	13 408	14 096	12 473	13 627
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 875	10 842	8 890	8 034	9 050	10 629	10 938	9 920	11 075
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	2 553	2 909	2 834	2 290	2 432	3 114	3 431	2 921	3 080
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 926	2 826	2 485	2 133	2 094	2 631	2 597	2 145	2 110
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	33 385	38 234	40 135	31 859	31 844	41 917	47 559	39 209	40 320
<b>Handel</b>										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	136,4	137,5	177,8	116,8	116,8 <sup>f</sup>	144,3 <sup>f</sup>	167,7 <sup>f</sup>	119,6 <sup>p</sup>	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	120,8	124,0	122,8 <sup>f</sup>	104,8 <sup>f</sup>	105,3	113,0	119,5 <sup>p</sup>	...	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes<sup>1)</sup>

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992		1993				1994	
		Monatsdurchschnitt	Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Ausfuhr (Spezialhandel) <sup>2)</sup>	Mill. DM	55 484	55 886	55 174	45 171	50 883	...	...	...	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 000	30 385	27 392	22 948	25 709	...	...	...	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	4 061	4 131	3 762	3 165	3 510	...	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	7 292	7 249	6 621	5 758	6 933	...	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	4 224	4 329	3 929	3 206	3 574	...	...	...	...
Italien	Mill. DM	5 107	5 199	4 356	3 733	3 880	...	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	4 672	4 644	4 340	3 460	3 832	...	...	...	...
Einfuhr (Spezialhandel) <sup>2)</sup>	Mill. DM	53 660	53 151	54 749	43 344	48 117	...	...	...	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 911	27 653	28 583	22 091	23 493	...	...	...	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	3 824	3 736	3 501	2 511	2 656	...	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	6 573	6 369	6 496	5 596	7 075	...	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	3 558	3 636	3 761	2 864	2 790	...	...	...	...
Italien	Mill. DM	4 976	4 885	4 977	3 894	3 788	...	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	5 222	5 097	5 294	3 978	4 111	...	...	...	...
<b>Geld und Kredit<sup>3) 4)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 086	3 418	3 418	3 424	3 440	3 696	3 758	3 766	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 456	2 674	2 674	2 675	2 688	2 858	2 920	2 922	...
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	629	744	744	749	752	838	838	844	...
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 176	2 261	2 261	2 240	2 254	2 400	2 498	2 486	...
Spareinlagen	Mrd. DM	754	771	771	771	776	814	859	866	...
<b>Steuern<sup>2)</sup></b>										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	40 372	44 662	77 083	43 561	37 853	39 642	80 411	48 119	43 446
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	24 900	27 609	57 903	24 451	18 088	19 888	59 610	27 643	19 751
Lohnsteuer	Mill. DM	17 848	20 610	36 162	22 429	18 297	19 533	37 767	22 775	18 801
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	3 461	13 558	- 163	- 998	- 1 150	11 827	- 718	- 851
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	14 973	16 476	17 445	19 204	19 723	19 380	19 742	20 418	23 639
Umsatzsteuer	Mill. DM	8 233	9 773	10 570	13 449	16 597	16 131	16 338	17 444	20 799
Zölle	Mill. DM	692	645	745	393	535	613	685	554	550
Bundessteuern	Mill. DM	7 802	8 758	14 290	971	9 022	7 998	15 168	1 066	10 290
Versicherungsteuer	Mill. DM	488	675	413	477	2 401	666	494	549	3 250
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 352	6 972	13 936	611	6 713	7 252	14 535	405	6 921
<b>Preise</b>										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>5)</sup>	1985 = 100	98,3	100,8	98,9	99,7	100,5	98,1	98,9	100,2	101,0
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>5)</sup>	1985 = 100	94,1	91,9	87,1	86,4	87,0	84,0	86,0	84,3	84,9 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>5)</sup>	1991 = 100	100,0	101,4	101,2	101,5	101,4	101,2	101,1	101,5	101,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	124,6	131,5	.	.	135,4	138,0	.	.	138,5
Bauleistungen am Bauwerk <sup>6)</sup>	1985 = 100	124,3	131,3	.	.	135,4	138,1	.	.	138,6
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	121,0	127,7	.	.	130,5	130,7	.	.	130,6
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	110,7	115,1	116,8	118,1	118,6	120,9	121,1	122,2	122,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	112,1	113,4	114,0	114,3	114,5	114,8	115,5
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	110,1	113,3	114,6	115,1	115,4	117,4	117,4	117,5	117,6
Wohnungsmieten	1985 = 100	117,3	123,8	127,2	128,1	128,7	133,3	133,7	134,3	135,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,4	89,8	89,8	91,0	90,9	91,3	91,2	91,5	91,3
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	110,5	114,4	115,8	116,3	116,9	119,0	119,1	119,4	119,7
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	113,8	117,9	119,1	119,6	121,4	123,6	123,7	125,8	126,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	112,1	117,1	118,1	120,1	120,5	122,6	122,2	124,8	125,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	108,1	112,7	114,1	114,8	115,1	117,0	117,1	117,5	117,8
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	118,0	124,3	129,7	131,8	132,7	138,0	138,8	141,7	142,0

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.



**Lieferungen in die neuen Bundesländer erreichen neue Rekordmarke**

Zwischen Rheinland-Pfalz und den neuen Bundesländern einschließlich Ost-Berlin wurden 1993 Waren im Wert von 3,4 Mrd. DM gehandelt, das sind 5,3 % mehr als 1992. Der Wert der Lieferungen stieg im Vergleich zum Vorjahr um gut 13 % auf 2,6 Mrd. DM. Rheinland-pfälzische Bezüge aus Ostdeutschland betrugen 0,8 Mrd. DM. Dies war ein Rückgang um 14 % gegenüber 1992.

Von den Lieferungen entfielen 1,1 Mrd. DM auf Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (zum Beispiel Straßenfahrzeuge, Maschinenbauerzeugnisse), was einem Anteil von 43 % entspricht. Für Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes (Kunststoffprodukte, Holz- und Lederwaren usw.) ergaben sich 0,4 Mrd. DM, das sind gut 16 %. Bezogen wurden vornehmlich Waren des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes (insbesondere chemische Erzeugnisse), die einen Wert von 0,4 Mrd. DM (51 %) hatten. Einen bedeutenden Anteil hatten auch die empfangenen Investitionsgüter (0,3 Mrd. DM; 41 %).

**Baugenehmigungen im Jahre 1993 auf Rekordhöhe**

Erstmals seit 1973 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden im Jahre 1993 den Bau von mehr als 30 000 Wohnungen. Mit 34 448 Wohneinheiten wurde das Vorjahresergebnis von 29 271 Wohnungen um fast 18 % übertroffen.

In neu zu errichtenden Wohngebäuden sollen 30 277 Wohnungen entstehen, durch bauliche Veränderungen an bereits bestehenden Gebäuden weitere 3 748 und in Nichtwohngebäuden 423 Wohnungen.

Mit 12 673 neuen Wohngebäuden planten die Bauherren im vergangenen Jahr 11 % mehr als im Vorjahr (11 384). Die Bauwerke werden einen Rauminhalt von insgesamt knapp 16 Mill. m<sup>3</sup> aufweisen und eine Wohnfläche von 2,8 Mill. m<sup>2</sup>. Es werden 130 182 neue Wohnräume geschaffen.

Der anhaltende Bauboom betrifft alle Gebäudearten. In Einfamilienhäusern waren 7 666 Wohnungen geplant (Vorjahr: 7 281), in Zweifamilienhäusern 5 304 (4 862) und in Mehrfamilienhäusern (einschließlich Wohnheimgebäude) waren es 17 307. Die Planungen im Mietwohnungsbereich lagen um fast 32 % über dem Vorjahr (13 151 Wohnungen).

Mehr über dieses Thema auf Seite 105.

**Höchstes Wohnungsbauergebnis seit 1974  
Mehr als 27 000 Wohnungen bezugsfertig  
50 % Plus bei Mietwohnungen**

Im Jahre 1993 wurden in Rheinland-Pfalz 27 310 Wohnungen bezugsfertig. Das sind fast 6 000 Wohnungen oder 28 % mehr als im Vorjahr (21 340). Seit dem Rekordergebnis von 1974 (33 174 Wohnungen) ist eine derart hohe Zahl an fertiggestellten Wohnungen nicht mehr registriert worden.

Von den Wohnungen befinden sich 23 984 in neu errichteten Wohngebäuden; ein Plus von gut 30 % gegenüber 1992 (18 349). Durch Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen entstanden landesweit zusätzlich 2 924 Einheiten (+ 12 %), in neuen Nichtwohngebäuden liegen 402 Neubauwohnungen.

Von den Neubauwohnungen entfallen 7 335 auf Einfamilienhäuser (1992 : 6 820) und 4 134 auf Zweifamilienhäuser (3 146). Der Mietwohnungsbau verzeichnet mit 12 515 neuen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (8 383) einen Zuwachs von nahezu 50 %. Die veranschlagten reinen Baukosten der Neubauwohnungen beziffern sich auf rund 4,8 Mrd. DM, einschließlich der Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden investierten die Bauherren gut 5,6 Mrd. DM in den Wohnungsbau.

**Bauboom hält unvermindert an  
Die meisten Genehmigungen in Trier, im Westerwaldkreis, in Worms und im Kreis Mainz-Bingen**

Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden genehmigten im Januar 1994 den Bau von insgesamt 3 064 Wohnungen. Das Ergebnis vom Januar 1993 (1 774) wurde um fast 73 % übertroffen.

In 1994 neu zu errichtenden Wohngebäuden (Januar 1993 : 717) befinden sich 2 739 Wohnungen, rund 77 % mehr als im ersten Monatsmonat des Vorjahres (1 550). Die veranschlagten reinen Baukosten für die Neubaumaßnahmen beziffern sich auf rund 531 Mill. DM (+ 56 %).

Differenziert nach Gebäudearten errechneten sich im Januar 1994 Baugenehmigungen für 583 Eigenheime (+ 26 %), 208 Zweifamilienhäuser (+ 51 %) und 201 Mehrfamilienhäuser (+ 70 %), in denen 1 662 Mietwohnungen liegen werden. Ferner wurden zwei neue Wohnheime mit 78 Wohnungen genehmigt.



Die meisten Wohnungsbaufreigaben wurden in der Stadt Trier registriert (284), es folgen der Westerwaldkreis (233), die Stadt Worms (170) und der Landkreis Mainz-Bingen mit 168 genehmigten Neubauwohnungen. hes

Wieder mehr Kraftfahrzeug-Neuzulassungen

Im 1. Quartal 1994 wurden in Rheinland-Pfalz 45 147 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 5 % mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres

Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge  
in Rheinland-Pfalz

Zeitraum	Kraftfahrzeuge insgesamt		Personenkraftwagen	
	1994	Veränderung gegenüber 1993	1994	Veränderung gegenüber 1993
	Anzahl	%	Anzahl	%
Januar	12 687	2,8	11 614	3,3
Februar	11 770	7,6	10 404	6,6
März	20 690	4,8	16 724	3,4
1. Quartal	45 147	5,0	38 742	4,2

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

1993. Eine positive Entwicklung machte sich auch bei Personenkraftwagen-Neuzulassungen bemerkbar, deren Zahl gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 4,2 % auf 38 742 stieg. Bei Krafträdern expandierte die Zahl der Zulassungen im 1. Quartal 1994 sogar um 17,4 % auf 3 594. kl

Bei 119 Konkursen wurden Gläubigerforderungen in Millionenhöhe gestellt

Von den insgesamt 991 beantragten Konkursverfahren im vergangenen Jahr wurden lediglich 221 oder gut 22 % eröffnet. Die Gerichte lehnten knapp vier Fünftel aller Anträge von vornherein mangels Masse ab. Die vorläufigen Konkursforderungen der Gläubiger erreichten 598 Mill. DM. Bei gut der Hälfte aller Konkurse im Jahr 1993 lagen die Forderungen jeweils unter 100 000 DM. Diesen Fällen galten aber nur 2 % aller gestellten Forderungen. Ansprüche von einer Million DM oder mehr wurden in etwa jedem achten Fall geltend gemacht, hierauf entfielen allerdings 77 % des Gesamtbetrages . Bei den Konkursen mit Forderungen von weniger als 100 000 DM genügte die vorhandene Masse in knapp 7 % der Fälle zur Eröffnung des Verfahrens, bei Konkursen mit Forderungen von mehr als einer Million DM in knapp 66 % der Fälle. ker

Mehr über dieses Thema auf Seite 116.

Steuereinnahmen des Landes  
nach Steuerverteilung <sup>1)</sup>

Steuerart	Januar - April		Veränderung
	1993	1994	
	Mill. DM		%
<b>Landessteuern</b>	515,5	474,6	- 7,9
Vermögensteuer	111,7	67,6	- 39,5
Erbschaftsteuer	40,7	33,1	- 18,6
Kraftfahrzeugsteuer	271,0	262,4	- 3,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	59,8	57,0	- 4,7
Feuerschutzsteuer	8,0	11,4	42,8
Biersteuer	24,2	43,0	77,7
<b>Landesanteil an den Steuern vom Einkommen</b>	2 015,7	2 111,8	4,8
Lohnsteuer	1 707,9	1 719,1	0,7
Veranlagte Einkommensteuer	102,9	55,1	- 46,5
Kapitalertragsteuer	45,3	54,7	21,0
Zinsabschlagsteuer	24,3	118,9	389,1
Körperschaftsteuer	135,2	164,0	21,3
<b>Landesanteil an den Steuern vom Umsatz</b>	1 095,8	1 061,4	- 3,1
Umsatzsteuer	870,3	907,8	4,3
Einfuhrumsatzsteuer	225,5	153,7	- 31,9
<b>Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage</b>	15,4	23,6	53,1
<b>Gewerbesteuerumlage-Anhebung</b>	9,4	22,3	138,6
<b>I n s g e s a m t</b>	3 651,7	3 693,8	1,2

1) Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Themen der letzten Hefte

Heft 3 / März 1994

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1993

Gehaltsstruktur des Landespersonals

Weiterbildung an rheinland-pfälzischen Hochschulen - Erste Ergebnisse der Gasthörerstatistik

Heft 4 / April 1994

Europawahl 1994: Wahlrecht von Unionsbürgern

Die neue Asylbewerberleistungsstatistik

Beherbergungskapazität im Fremdenverkehr am 1. Januar 1993

Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft

Dialogisierung des Wohngeldverfahrens



### Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
( )	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.